



# Politische Berichte

Nummer 14 / 13. Jahrgang

3. Juli 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**„Petersberger Erklärung“:  
Außen- und Verteidigungs-  
minister der WEU bilden  
WEU-Eingreifverbände.**

Am 19. Juni tagten in Bonn die Außen- und Verteidigungsminister der WEU. Wichtigstes Ergebnis ist dabei die Stärkung der operationellen Rolle der WEU:

„Die WEU-Mitgliedsstaaten erklären sich bereit, militärische Einheiten des gesamten Spektrums ihrer konventionellen Streitkräfte für unter der Befehlsgehalt der WEU durchgeführte militärische Aufgaben zur Verfügung zu stellen. (...)

Militärische Einheiten der WEU-Mitgliedsstaaten, die unter der Befehlsgehalt der WEU eingesetzt werden, könnten neben ihrem Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung in Übereinstimmung mit Artikel 5 des Washingtoner Vertrages bzw. Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrages für folgende Zwecke eingesetzt werden:

- humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Aufgaben;
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens.“ (1)

Vor allem mit dem letzten Punkt stellt sich die WEU quasi einen Freibrief für Einsätze überall in der Welt und aus beliebigen Gründen aus.

Bei diesen Absichtserklärungen blieb es aber nicht. Es wurden auch konkretere Maßnahmen beschlossen: „Die WEU-Mitgliedsstaaten beabsichtigen, geeignete Fähigkeiten zu entwickeln und zu üben, damit militärische Einheiten der WEU zur Erfüllung dieser Aufgaben zu Land, zu See oder aus der Luft eingesetzt werden können.“ (2)

Am 1. Oktober soll ein Planungsstab eingerichtet werden, der für folgende Aufgaben verantwortlich sein soll:

- die Vorbereitung von Eventualfällen für den Einsatz von Streitkräften unter der Ägide der WEU;
- Erarbeitung von Empfehlungen für die erforderlichen Führungssysteme einschließlich ständiger Dienstabweisungen für eventuell auszuwählende Führungsstäbe;
- Fortschreibung einer Liste der Einheiten und Kombinationen von Einheiten, die der WEU für bestimmte Operationen zugewiesen werden könnten.“ (3)

Durch den Weg über die WEU könnte die Bundesregierung um eine Grundgesetzänderung betreffs des uneingeschränkten Einsatzes der Bundeswehr herumkommen, denn die Mitgliedschaft in einem Sicherheitsbündnis ist nicht grundgesetzwidrig. Es steht zu befürch-

## WEU steht Gewehr bei Fuß für weltweite Einsätze

ten, daß in naher Zukunft ähnlich vollendete Tatsachen geschaffen werden wie im Fall des Bundeswehr-Einsatzes in Kambodscha.

Trotzdem wäre es von der antimilitaristischen Opposition zu prüfen, ob nicht etwa die Mitgliedschaft in einem aggressiven, imperialistischen Bündnis, als solches könnte die WEU ohne weiteres beschrieben werden, verfassungswidrig ist. Ob es gelingt, ohne Grundgesetzänderung auszukommen, das hängt in jedem Fall von der Stärke des antimilitaristischen Widerstandes ab.

Der nächste praktische Test für die WEU-Truppen könnte sogar in Europa sein. Spätestens seit dem EG-Gipfel in Lissabon erwägen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft offen militärische Maßnahmen im ehemaligen Jugoslawien: „Während wir friedlichen Mitteln den Vorzug geben, schließen die EG-Staats- und Regierungschefs den Einsatz militärischer Mittel nicht aus.“ (4)

Kampfeinsätze der Bundeswehr können sich nicht nur die BRD-Regierung und die CDU/CSU/FDP vorstellen, sondern auch weite Teile der SPD. Ein Beispiel dafür ist der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Hartmut Soell, der derzeit Präsident der WEU-Versammlung ist. In seiner Antrittsrede sprach Soell sich im Hinblick auf den Jugoslawien-Konflikt dafür aus, es müs-

se zusammen mit den Vereinigten Staaten die Einrichtung von Schutzzonen für die Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina und Kroatien geprüft werden, falls die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen nicht bald zu einem effektiven Waffenstillstand führten. Auch sei zu überlegen, inwieweit der fortwährende Einsatz schwerer Waffen, die erhebliche Zerstörungen anrichteten, „aus der Luft und von der See aus“ ausgeschaltet werden könnte. (5)

Grünes Licht hat die WEU mehr oder weniger bereits am 4. Juni 1992 von der NATO bekommen: „Wir begrüßen daher den Fortschritt in den Diskussionen unter den Mitgliedsstaaten der WEU zur Stärkung der operationellen Rolle der WEU. Die Entwicklung der operationellen Fähigkeiten der WEU in Formen, die die gemeinsame Verteidigung in der Allianz ergänzen und mit ihr voll vereinbar sind, wird die Fähigkeit der Bündnispartner ausbauen, in der gemeinsamen Verteidigung zusammenzuarbeiten.“

Wir bekräftigen unsere Absicht, auch mit fortschreitendem Wandel des Bündnisses, den bestehenden operationellen Zusammenhalt, auf den unsere Verteidigung angewiesen ist, zu erhalten.“ Die NATO ist also nicht mehr oder weniger eine Rückversicherung unter Imperialisten. (6)

Als weitere Ebene, um Kampfeinsätze

der Bundeswehr in aller Welt erstmal zum Faktum zu machen, gibt es noch die UNO. Da bläst derzeit die CSU in die Trompete: „Deutschland muß bereit sein, für multilaterale Einsätze zur Durchsetzung von UN-Resolutionen und zur Sicherung des Weltfriedens Einheiten der Bundeswehr, Freiwillige und Berufssoldaten zur Verfügung zu stellen.“ (7) Das sagte Bundesfinanzminister Waigel auf einem außenpolitischen Kongreß der CSU am 27. 6. 92. Der außenpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Schmidt, forderte sogar, die BRD müsse sich auf die Unterstützung einer möglichen Militäraktion im früheren Jugoslawien vorbereiten. Es dürfe nicht passieren, daß „Deutschland“ bei einer internationalen Aktion wieder „nicht an Bord“ sei.

Waigel forderte ferner, daß sich die BRD ihrer größer gewordenen Macht bewußt werden müsse. Das stärkere Wirtschaftspotential und der erweiterte Handlungsspielraum des „vereinigten Deutschlands“ nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes habe dem Land größere Gestaltungsmöglichkeiten beschert, die man jetzt „entschlossen“ nutzen müsse.

Quellen: (1), (2), und (3) *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 65 vom 23. Juni 1992; (4) *Welt am Sonntag* vom 28. Juni 1992; (5) *Woche im Bundestag* Nr. 10/1992; (6) *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 64 vom 12. Juni 1992; (7) *Welt am Sonntag* vom 28. Juni 1992 — (chl)

### Handwerkerinnungen für Ausländerrechte

Die Vizepräsidenten der 56 deutschen Handwerkskammern (den Kammern gehören bundesweit 5,7 Millionen Handwerker an) haben anlässlich der Kölner Handwerksmesse in einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung eine Novellierung der seit 1965 geltenden Handwerksordnung gefordert. „Dazu gehöre vor allem die Einbeziehung ausländischer Arbeitnehmer in das Wahlrecht der Handwerkerinnungen. Daß Wahlen zu Gesellenausschüssen und zur Vertreterversammlung der Kammern ohne Ausländer stattfinden, sei „nicht länger tragbar“, sagte der Vizepräsident der Kölner Handwerkskammer, Fred Balsam.“ (zitiert aus: *Kölner Stadtanzeiger*, 20./21. 6. 92) — (rü)

### Linke Opposition und Bundestagswahlen 1994

Vertreter von BWK, DKP und PDS/LL in Baden-Württemberg haben sich darüber verständigt, daß sie zu den Bundestagswahlen 1994 eine Kandidatur sozialistischer Opposition anstreben. Weitere Organisationen, Zusammenhänge und Personen sollen für ein Wahlbündnis gewonnen werden. Eine Kandidatur könnte in Form einer offenen Liste bei der PDS/LL stattfinden; die PDS erklärte, daß sie sich vorstellen kann, daß ihre Mitgliederversammlung eine durch Übereinkunft aller an einem Wahlbündnis Beteiligten zustande gekommene Liste beschließt. Um über Wahlaussagen und Kandidatur ausführlich zu diskutieren, soll am 24. Oktober in Stuttgart eine Konferenz stattfinden. — (alk)

### 2 000 bei Bonner Demo zu politischen Gefangenen

Von der Presse weitgehend totgeschwiegen fand am 27. 6. in Bonn die bundesweite Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen“ statt. Auf der Abschlußkundgebung bedankte sich Günter Sonnenberg vor allem bei den Rechtsanwältinnen, den Angehörigen und bei allen Menschen, die sich all die Jahre für seine Freilassung und die anderen Gefangenen eingesetzt haben. Nach den Redebeiträgen von zwei Müttern aus der Angehörigengruppe erinnerte Peter Gingold an den Widerstand gegen den Nazi-Faschismus. Hanne Witkowski, die in der Krüppelbewegung und der Bewegung gegen Eugenik aktiv ist, betonte, daß der Kampf für die Freiheit der Gefangenen das mindeste sei, was „wir für uns tun müssen“, gegen ein System, „das das Lebensrecht der Mehrheit der Menschheit bedroht“. Hans Branscheidt von medico international erklärte, die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen sei eine demokratische. Neben vielen Grußadressen wurden auch mehrere Briefe von Gefangenen aus der RAF verlesen. — (cvh, jeh)

### Aktionen gegen die niedrige Rentenerhöhung

Um 2,7 % will die Bundesregierung zum 1. 7. die Renten erhöhen. Dagegen und gegen die geplante neue „Gesundheitsreform“ planen in Duisburg Rentner aus der IG Metall und der ÖTV Protestaktionen. In Hamm findet am 1. Juli eine Demonstration der IG Metall statt, zu der auch Busse aus anderen Städten kommen. In einem Flugblatt der IG Metall Duisburg heißt es: „Wer seit Anfang des Jahres einkaufen geht, weiß, um wieviel die Preise gestiegen sind ... Hinzukommt die Ankündigung, ab dem nächsten Jahr mehr Geld für Medikamente, Zahnersatz und Krankenhausaufenthalt von uns zu verlangen. Und die Mehrwertsteuer soll um 1 % erhöht werden. Wenn auch Sie meinen, daß diese Rechnung nicht aufgeht, dann fordern Sie mit uns: Keine Mehrbelastung im Gesundheitswesen! Erhöhung der Renten mindestens um den Ausgleich der Inflationsrate! ... Richten Sie ihre Forderungen an die Mitglieder des Bundestages und an die Verbände, die Rentenregelung zu verbessern! Protestieren wir gemeinsam am 1. Juli!“ — (wof)

### Azania: Einheitsfront PAC/ANC?

Zehntausende Menschen gedachten am 29. Juni der Toten des Massakers von Boipatong in Azania/Südafrika. Mehr als 40 Menschen wurden hier am 17. Juni von Söldnern des weißen Regimes erschlagen, erstochen, erschossen. Unter dem Druck der Proteste gegen dieses Massaker brach der ANC seine Verhandlungen mit dem Regime ab. Der stellvertretende PAC-Präsident Moseneke kündigte gemeinsame Aktionen von ANC und PAC zum Sturz der weißen Regierung an. — (rü)



## Gesetzespaket zum Tarifbruch

**Blüm: Löhne unter Tarif, extreme Arbeitszeit, mehr Leiharbeit u.a.**

Mit einem ganzen Paket von „Deregulierungsvorhaben“ will die Bundesregierung den Druck auf die Lohnabhängigen weiter verschärfen. Am 24. Juni beschloß das Bundeskabinett 30 Vorhaben, die die „Deregulierungskommission“ unter Innen-Staatssekretär Waffenschmidt ausgearbeitet hatte. Dazu gehören:

1. Bundesarbeitsminister Blüm soll eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorbereiten, die den Kapitalisten erlaubt, in den nächsten fünf Jahren (ab 1993) in den neuen Bundesländern Löhne und Gehälter unterhalb geltender Tarifverträge zu zahlen. Einzelheiten der neuen Regelung sind offen, doch zeichnet sich ab, daß die Regierung den Kapitalisten erlauben will, bei Zustimmung des Betriebsrats in „Notfällen“ weniger als den tariflichen Lohn zu zahlen. Die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge wären auf diese Weise — zumal bei der absehbar anhaltenden Wirtschaftskrise im Osten — bald Makulatur.

2. Die bis Ende 1995 befristeten Ausnahmeregelungen zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge (1983 mit Blüms „Beschäftigungsförderungsgesetz“ erstmals eingeführt) sollen in eine Dauererlaubnis umgewandelt werden.

3. In einem weiteren Gesetz, das Blüm bis Anfang 1993 vorlegen soll, soll die Höchstdauer für Leiharbeitsverträge auf neun Monate verlängert werden. Die skandalösen Löhne und Arbeitsbedingungen für Leiharbeiter sollen so noch weiter verschlechtert werden.

4. Schließlich ist der Arbeitsminister beauftragt, beim neuen Arbeitszeitgesetz den Kapitalisten „möglichst viel Flexibilität“ zu erlauben. Nachtarbeit, extreme Überstunden und generell Arbeitszeiten, die garantiert hunderttausende von Lohnabhängigen in den frühen körperlichen und nervlichen Ruin und ins Grab treiben, werden die Folge sein.

Aus den Gewerkschaften kommen scharfe Reaktionen. Der DGB-Vorsitzende Meyer verurteilte die Pläne der Regierung als „massiven Eingriff in die

Tarifautonomie“, IGM-Chef Steinkühler forderte Kohl auf, diesem „Spuk“ ein Ende zu bereiten, der HBV-Vorsitzende Schwegler nannte die Pläne „verfassungswidrig“. Der ÖTV-Gewerkschaftstag rief alle Gewerkschaften zum Widerstand gegen diese Pläne auf, auf einer Landeskonferenz der HBV in Thüringen wurden ein „Marsch auf Bonn“ und betriebliche Aktionen überlegt. Ein Problem dabei ist, daß die Gewerkschaften bereits viel zu lange der beispiellosen Vernichtung von Betrieben im Osten zusehen haben. Dadurch ist die Arbeitsmarktlage für die Gewerkschaften bereits jetzt extrem ungünstig, und durch die von Waigel und Blüm geplanten Haushaltskürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit wird sie noch schlechter werden. Wenn nicht wirksame Maßnahmen gegen die soziale Not im Osten durchgesetzt werden, werden auch die „Deregulierungspläne“ der Regierung kaum abgewehrt werden können.

Quellen: *Handelsblatt*, 25. 6.; *Die Welt*, 26. 6. — (rü)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

## Aktuell in Bonn

## Ost-Mieten: Teurer Kompromiß

Mieterhöhungen um bis zu 2,10 DM je Quadratmeter sind ab 1. 1. 93 in den Ost-Bundesländern möglich. Zum 1. 1. 94 können die Mieten dann noch einmal um 0,60 DM je Quadratmeter erhöht werden. Ab Mitte 1995 entfällt die besondere Mietpreisbindung in den Ost-Ländern ganz, dann gelten West-Normen, „freie“ Mieten. Auf diesen teuren Kompromiß haben sich die Bauminister von Bund und Ländern einstimmig geeinigt. Für die Mieter bedeutet das zum 1. 1. 93 Mieterhöhungen um ein Drittel der bisherigen Miete und mehr. Bundesbauministerin Schwätzer hatte ursprünglich Mietanhebungen um 100 Prozent ab 1. 1. 93 durchsetzen wollen.

## EG-Gipfel: Maastricht beschleunigt

Mit einer Beschleunigung der politischen Integration und der schnellen Aufnahme von vier bis fünf neuen Staaten in die EG wollen die EG-Staaten aus der Krise, in die die EG durch die Ablehnung des Vertrags von Maastricht durch die dänische Bevölkerung geraten ist, herauskommen. Das beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG auf ihrem Gipfeltreffen in Lissabon. Bereits Anfang 1993 sollen die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und der Schweiz begonnen werden, 1995 sollen diese Staaten der EG beitreten. Bedingung ist, daß sie alle bestehenden EG-Vereinbarungen übernehmen, also auch die zum Ausbau der militärischen Zusammenarbeit. „Neutrale Staaten“ wird es dann in Europa nicht mehr geben, der großdeutsche Block in der EG durch den Beitritt Österreichs noch stärker. Eine Änderung der Verträge von Maastricht soll es trotz der Ablehnung in Dänemark nicht geben, die dänische Regierung soll ein zweites Referendum ansetzen. Die BRD-Forderung, die EG-Zentralbank müsse in die BRD, scheint bereits durchgesetzt, der Streit geht nur noch um Bonn oder Frankfurt. Forderungen der Süd-Länder der EG nach höheren Hilfszahlungen wurden abgeblockt. Erstmals droht der EG-Block mit militärischer Gewalt: Im jugoslawischen Bürgerkrieg schlossen die Staats- und Regierungschefs eine militärische Intervention nicht mehr aus.

## Zinseinkünfte: Steuer offen

Die Besteuerung von Zinseinkünften bleibt weiter offen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der von der SPD bereits im Bundestag wegen fehlender Kontrollen bei den Banken als „unwirksam“ abgelehnt worden war, ist jetzt auch im Bundesrat gescheitert. Die Bundesregierung hatte bereits vorher den Vermittlungsausschuß angerufen, der nun am 2. Juli einen Kompromiß finden soll. Als „Kompromiß“ ist im Gespräch: Anhebung des Steuersatzes auf Zinseinkünfte von (den bisher im Gesetz enthaltenen) 25 % auf 30 %, mehr Kontrollen durch die Finanzämter. Die Lockung mit den höheren Steuersätzen

(von denen auch die Länder profitieren) soll die SPD-Länder zur Zustimmung verleiten. Die tatsächliche Besteuerung der Zinseinkünfte der Reichen dürfte bei diesem „Kompromiß“ aber weiterhin ausbleiben.

## „Entschädigung“ für Junker u.a.

CDU/CSU und FDP haben sich auf „Eckwerte“ eines umfassenden „Entschädigungsgesetzes“ geeinigt. „Entschädigt“ werden sollen u.a. Junker und Kriegsverbrecher, die zwischen 1945 und 1949 im Zuge der ersten Bodenreformen enteignet worden waren. Dieser Personenkreis erhält eine „Entschädigung“ in Höhe vom 1,3-fachen des Einheitswerts seiner Güter im Jahre 1935. Ebenfalls „entschädigt“ werden Personen, die infolge der Umsiedlungsbeschlüsse der Alliierten nach 1945 in die DDR kamen. Diese werden als „Vertriebene“ eingestuft und erhalten pro Person pauschal 4000 DM. Dies hatten westdeutsche „Vertriebenen“-Verbände vehement gefordert. Gesamtsumme der vorgesehenen „Entschädigungen“: 13 Milliarden D-Mark!

## Asylgesetz „beschleunigt“

Die „Beschleunigung von Asylverfahren“ ist in Kraft. Am 26. Juni billigte auch der Bundesrat das vorher zwischen den Regierungsparteien und der SPD ausgehandelte Gesetz. Obligatorische Sammellager für Asylbewerber, erkenntnistheoretische Behandlung aller eintreffenden Flüchtlinge, Verkürzung der Verfahren auf sechs Wochen und danach sofortige Abschiebung — diese Rechtsnormen sind damit ab 1. Juli trotz aller Proteste von Flüchtlingen und Flüchtlings-Hilfe-Organisationen gegen das Gesetzesvorhaben, das den Behörden erlaubt, mit Flüchtlingen „kurzen Prozeß“ zu machen, in Kraft.

## Lauschangriff möglich

Ab 1. Juli kann die Polizei Wohnungen, in denen sich polizeiliche Spitzel aufhalten, beliebig abhören. Dieser sogenannte „kleine Lauschangriff“ ist Bestandteil des sog. Gesetzes zur „Bekämpfung der organisierten Kriminalität“, das der Bundesrat Ende Juni abschließend billigte. Verdeckte Ermittler werden durch das Gesetz ebenso legalisiert wie die sog. „Rasterfahndung“. Noch vor der abschließenden Billigung des Gesetzes setzten BKA und Unionsparteien nach: auch der sogenannte „große Lauschangriff“, das Abhören von Wohnungen auch ohne Anwesenheit verdeckter Ermittler, müsse möglich sein. Dies setzt allerdings eine Änderung des Grundgesetzes („Unverletzlichkeit der Wohnung“) voraus.

## Was kommt demnächst?

Am 2. Juli will der Vermittlungsausschuß von Bundesrat und Bundestag eine Einigung zwischen Regierung und SPD über die Besteuerung von Zinseinkünften erreichen. Vom 6. bis 8. Juli tagt in München der Weltwirtschaftsgipfel. Am 10. Juli ist die letzte Sitzung des Bundesrats vor der Sommerpause. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Anhebung der Ost-Mieten zum 1.1.93.

## Die BRD-Monopole sind weltweit weiter auf dem Vormarsch

„Ertragsziel wieder mal verfehlt“, unter dieser Überschrift veröffentlichte am 17. Juni das *Handelsblatt* seine neueste Übersicht über die — nach dem Umsatz — „100 größten deutschen Unternehmen“. Die gleiche Übersicht weist aus, daß die zwölf ertragsstärksten Monopole 1991 Jahresüberschüsse von zusammen 13,9 Mrd. DM auswiesen — nicht einberechnet die verdeckt oder offen den Rücklagen zugeführten Gewinne.

Wenige Tage später nutzte Daimler-Chef Reuter die Hauptversammlung des Konzerns, um die Regierung wegen ihrer Haltung zum „Jäger 90“ in einem Stil zu attackieren, der faschistischen Gruppen willkommene Stichworte liefert. Im Stil eines „Stürmers“ pöbelte er gegen das „Gestammele mancher öf-

fentlicher Verantwortungsträger“ und verstieg sich dann zu der These: „Unser Land scheint träge, satt und kraftlos“ geworden, ein „Ruck durch die Reihen“ sei jetzt erforderlich.

Tatsächlich sind die BRD-Monopole dabei, ihre Machtpositionen immer weiter auszudehnen. Die hier abgebildeten Tabellen zeigen: 1991 haben die BRD-Konzerne gegenüber den weltweit immer noch führenden US-Monopolen weiter erheblich aufgeholt. Im Automobilbereich, wo das größte US-Monopol, General Motors, noch 1981 fast vier mal so viel Umsatz machte wie Daimler-Benz, macht GM jetzt nur noch zwei mal so viel Umsatz wie Daimler. In der Elektrobranche lag der Umsatz des größten US-Monopols, IBM, 1991 nur noch

knapp 42 Prozent vor Siemens. Vor zehn Jahren hatte IBM noch 90 Prozent mehr Umsatz als Siemens gemacht. In der Chemie war der Vorsprung (von DuPont zu Hoechst) von 50 Prozent 1981 auf knapp 31 Prozent 1991 gesunken.

Welches Expansionsstempo die BRD-Monopole gerade in den letzten Jahren vorgelegt haben, zeigen auch ein paar andere Zahlen:

— 1971 beuteten die 20 größten Industriemonopole der BRD zusammen weltweit bereits 2,07 Millionen Lohnabhängige aus. Bis 1987, also in 16 Jahren, hatten sie die Zahl „ihrer“ Lohnabhängigen um 380.000 auf 2,45 Millionen Lohnabhängige gesteigert. In den vier Jahren seitdem vergrößerten diese 20 BRD-Monopole ihre Belegschaften um weitere 460.000 — auf zusammen 2,9 Millionen.

Auch hier ein Vergleich zu den 20 größten US-Industriemonopolen: Diese kommandierten 1991 weltweit über Belegschaften von zusammen 3,8 Millionen Lohnabhängigen. Gegenüber den 20 größten BRD-Monopolen war das nur noch ein Vorsprung von knapp 900.000 Lohnabhängigen mehr.

Nicht herangezogen bei diesem Vergleich sind — mangels ausreichender Daten — die japanischen Monopole. Trotzdem bleibt: Die Annexion der DDR hat den BRD-Monopolen bereits im „Jahr 1 nach der Annexion“, also 1991, zu einer weiteren Festigung ihrer internationalen Konkurrenzstellung verholfen. Die Unzufriedenheit in den Monopoletagen an der Bonner Politik verheißt nichts Gutes. Sie ist vielmehr ein Zeichen, daß der Beutehunger in diesen Kreisen durch die Erfolge der letzten Jahre nur noch mehr angestachelt worden ist. — (rül)

BRD- und US-Monopole im Vergleich, 1981 und 1991  
Umsätze der jeweils größten US- und BRD-Monopole in Mrd. DM

	1991	1981
<b>1. Automobilindustrie</b>		
General Motors	196,8 Mrd. DM	141,8 Mrd. DM
Ford Co.	140,8 Mrd. DM	86,5 Mrd. DM
Daimler-Benz	95,0 Mrd. DM	36,7 Mrd. DM
VW-Konzern	76,0 Mrd. DM	37,9 Mrd. DM
<b>2. Elektro/Elektronik</b>		
IBM	103,7 Mrd. DM	65,7 Mrd. DM
General Electric	96,3 Mrd. DM	61,6 Mrd. DM
Siemens	73,0 Mrd. DM	34,6 Mrd. DM
Bosch	33,6 Mrd. DM	13,0 Mrd. DM
<b>3. Chemie</b>		
Du Pont	61,9 Mrd. DM	51,6 Mrd. DM
Dow Chemicals	30,0 Mrd. DM	10,6 Mrd. DM
Hoechst	47,2 Mrd. DM	34,4 Mrd. DM
BASF	46,6 Mrd. DM	34,2 Mrd. DM

Quellen: Fischer Weltalmanach 1984, S. 899 f.; Handelsblatt, 26. 2. 1992 und 17. 6. 1992

## Umsatz und Beschäftigte der 20 größten BRD-Industriemonopole, 1971, 1981 und 1991

Konzern	Umsatz (Mrd. DM)			Beschäftigte		
	1971	1981	1991	1971	1981	1991
Daimler-Benz	12,0	36,7	95,0	147.000	188.000	379.300
Volkswagen	17,3	37,9	76,3	202.300	247.000	260.000
Siemens	13,5	34,6	73,0	306.000	331.000	406.000
Veba	9,4	49,4	57,2	58.400	83.000	117.000
Hoechst	12,7	34,4	47,2	142.100	185.000	179.300
BASF	12,1	34,2	46,6	93.000	126.000	129.400
RWE	6,1	20,5	44,1	56.300	70.000	102.200
Bayer	11,9	33,7	42,4	138.300	181.000	164.200
Thyssen	10,4	28,2	36,6	96.100	150.000	148.600
Bosch	5,6	13,0	33,6	114.800	116.000	177.200
BMW	o.A.	9,5	29,8	o.A.	45.000	74.400
Opel	5,5	10,1	27,9	57.900	61.000	57.500
Preussag	o.A.	10,5	25,5	o.A.	21.000	71.700
Ruhrkohle	7,3	18,2	25,0	181.600	137.000	125.000
Mannesmann	7,2	15,4	24,3	85.900	107.000	125.200
Viag	o.A.	5,5	23,6	o.A.	26.000	74.100
Ford	5,5	10,5	22,4	55.100	49.000	48.200
Metallgesellschaft	o.A.	10,5	21,2	o.A.	27.000	38.200
MAN/GHH	7,1	16,7	19,0	95.100	87.000	64.200
Krupp	6,5	14,8	15,1	o.A.	82.000	53.100

Quellen: 1971: O. Jacobi u.a., Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '73; 1981: Fischer Weltalmanach '84; 1991: Handelsblatt, 17. 6. 1992



In der EG gibt es Streit um die schon seit Monaten geplante Richtlinie zur Arbeitszeit. Das Bundesarbeitsministerium wartet auf diese Richtlinie, um sodann ein neues Arbeitszeitgesetz vorzulegen, u.a. zur Nacharbeit von Frauen. Die französische Regierung lehnt die vorliegende EG-Richtlinie ab, weil diese u.a. eine Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich erlaubt — Ausgleich nur innerhalb eines Jahres. Die französische Regierung fordert einen Ausgleich innerhalb von sechs Monaten. Über weitere EG-Mindestnormen — maximale tägliche Arbeitszeit bis zu 13 Stunden, vier Wochen Jahresurlaub, Nacharbeit „maximal 8 Stunden“, mindestens 35 Stunden „zusammenhängende Ruhezeit“ in der Woche — soll bereits weitgehend Einigkeit unter den Arbeits- und Sozialministern bestehen.

§ 218: Bundestag für Fristenlösung  
CSU will Verfassungsklage einlegen

Mit 357 Stimmen bei 284 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen wurde am 25. Juni im Bundestag die neue gesetzliche Regelung für die Schwangerschaftsunterbrechung verabschiedet: eine Fristenlösung mit Beratungspflicht sowie sozialen Hilfen, wie kostenlosen Verhütungsmitteln bis zum Alter von 20 Jahren und einem einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1996. Unter den Fürstimmen waren 32 CDU-Abgeordnete, davon 24 aus der ehemaligen DDR. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte für ihren Mehrheitsantrag auf Beibehaltung des § 218 mit strengerer, staatsanwaltlich kontrollierbarer Notlagenindikation 272 Stimmen erhalten. Die SPD hatte eine Fristenlösung mit Beratungsangebot beantragt sowie die Regelung des Abtreibungsrechts außerhalb des Strafgesetzbuches und erhielt dafür 237 Stimmen.

Linke Liste/PDS und Bündnis 90/Grüne erhielten jeweils 17 Stimmen für ihre Anträge, die ersatzlose Streichung des Strafparagrafen 218 verlangten.

Mit der Pflichtberatung sind demütigende Prozeduren möglich, aber die Frauen werden sich ihre Berater schon

aussuchen und Psychoterroristen meiden.

Das wichtigste ist, daß bis in die Reihen der CDU und bis auf den katholischen Kirchentag gedrungen ist, man möge „endlich aufhören, die Frauen für nicht verantwortungsfähig zu halten“ (Süssmuth). Es war bestimmt nicht zufällig, daß der Gruppenantrag, der jetzt die Mehrheit erhielt, kurz nach dem ÖTV-Streik zustande kam, während bis dahin offen war, wie Fortschritte im Kampf gegen den § 218 durchzusetzen seien.

CDU und CSU haben in der Debatte noch schwere Geschütze aufgeföhrt: einem Wertewandel in unserer Gesellschaft dürfe kein Vorschub geleistet werden; wenn ungewollte Kinder umgebracht werden dürften, dann könnte das bald auch Kranken und Greisen widerfahren; in Deutschland, wo zwei Diktaturen, nämlich Hitler und die SED, das individuelle Menschenleben nicht geachtet hätten, müßte das Leben der ungeborenen Kinder staatlich geschützt werden; die Humanität gelte es zu verteidigen, notfalls gegen die Mehrheit in der Bevölkerung, wo die Starken und Über-

legen zu mehr Rücksichtnahme gegenüber den Hilflosen und Schwachen erzogen werden müßten, soziale Hilfen seien wichtig, aber kein Ersatz für das Strafrecht, das Rechtsbewußtsein bilde; übersteigter Subjektivismus verleihe die Menschen, überhaupt keine Norm mehr anzuerkennen, wenn sie dem eigenen Willen Grenzen setze oder zur Verantwortung vor der Gesellschaft zwingen. Mit ähnlichen Geschützen werden die CSU und die bayrische Landesregierung vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Reaktionäre, wie z. B. der Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, fürchten die Folgen ihrer Niederlage: Der Strafandrohung sei die verhaltensprägende Wirkung abgesprochen, generalisierte Sozialleistungen seien beschlossen worden, d.h. Belastungen bei der Kindererziehung würden sozialisiert, was Standards schaffe und alte Argumente aus der Tradition der politischen Linken, die in Erinnerung an die bittere Armut der Proletariat im Recht auf Abtreibung einen Fortschritt und Selbstbefreiung sehen, seien hervorgebrochen. — (sul)



# Wird jetzt die tarifpolitische Wende von der ÖTV selbst propagiert?

Wichtigster Beschluß des ÖTV-Gewerkschaftstages dürfte die Festlegung sein, zur Diskussion der anstehenden Neubestimmung der Gewerkschaftspolitik einen *programmativen Gewerkschaftstag* innerhalb der nächsten zwei Jahre durchzuführen. Daß eine solche Diskussion notwendig ist, zeigte nicht nur die Fülle von Anträgen zur Tarifpolitik, sondern auch die bereits mit neuen programmatischen Aussagen versehene Rede der alten wie neuen ÖTV-Vorsitzenden, die wir in Auszügen dokumentieren. Diese Rede „hört sich wie eine tarifpolitische Wende an“, folgert *Die Welt* am 24.6. Und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom selben Tage urteilt: „Das Programm einer erneuerten ÖTV, zu dem sich die Gewerkschaftsvorsitzende bekannte, ist bemerkenswert. Es nimmt Abschied von vielen Dogmen der Gewerkschaftsbewegung. Daß wirtschaftliche Rahmendaten den Horizont für die Tarifpolitik abstecken, gehört, so selbstverständlich es klingt, noch nicht zum Gedankengut vieler Arbeitnehmerfunktionäre. Daß Solidarität mit den neuen Bundesländern den Verteilungsspielraum im Westen einschränkt, ist eine Wahrheit, die bei Gewerkschaftsveranstaltungen bisher kaum ausgesprochen wurde ... Es ist nicht ausgemacht, daß sich die neue Orientierung in der ÖTV durchsetzen wird.“

Wie realistisch diese Einschätzung ist, zeigt u.a. das schlechte Wahlergebnis für Wulf-Mathies (68,5 %). Da anzunehmen ist (und die Redebeiträge bestätigen dies), daß die ostdeutschen Delegierten relativ geschlossen ihre Stimme für sie abgegeben haben, kann man daraus folgern, daß sie unter den westdeutschen Delegierten keine Mehrheit gefunden hat. Die Mehrzahl der über 100 Redebeiträge zum Geschäftsbericht hat sich kritisch mit der Tarifpolitik der ÖTV auseinandergesetzt. Auch hier waren zu rund 85 % westdeutsche Delegierte beteiligt, während die Tarifpolitik für Ostdeutschland mehr Zustimmung denn Kritik erfuhr.

Dabei ist die Kritik an der gegenwärtigen Tarifpolitik sehr vielschichtig. Ein nicht unwesentlicher Teil, der von der bürgerlichen Presse als „traditionalistisch“ oder „syndikalistisch“ bezeichnet wird, will eine stärkere dezentrale Tarifarbeit bis hin zur Aufspaltung der Tarifgemeinschaft Bund, Länder, Gemeinden und erhofft sich so höhere Abschlüsse. Hierzu gehören insbesondere Bezirke, die einen hohen Anteil an Beschäftigten bei Eigenbetrieben (Nahverkehr, Müllabfuhr usw.) haben, also zu den kampfstarken Einheiten der ÖTV gehören. Teilweise in Gegensatz hierzu gibt es eine Kritik an der Tarifpolitik, die mehr Berücksichtigung der unteren

Einkommensgruppen und der in ungeschützten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten fordert. Während die ersteren sich durch die Maßhaltappelle von Wulf-Mathies brüskiert fühlen mußten, vermißten die anderen konkrete Aus- bzw. Zusagen, wie dies in Zukunft erreicht werden soll.

Die von Wulf-Mathies von den Mitgliedern abverlangte Berücksichtigung ökonomischer Rahmenbedingungen, die von ihr propagierte Akzeptanz eines verkleinerten Verteilungsspielraums, ohne zu hinterfragen, wer diese beiden Faktoren definiert, und nicht zuletzt die von ihr infragegestellte Berechtigung von Lohnforderungen in Höhe der Preissteigerungsrate lassen für die zukünftige Tarifpolitik der ÖTV Schlimmes befürchten. Unter diesen Prämissen kann ein Solidarpakt nur in einem Sonderopfer enden, welches nicht verhindert werden kann, da gleichzeitig die Streikzulässigkeit aufgrund der Besonderheit des öffentlichen Dienstes unterminiert wird.



Mehrere Beschäftigte aus Wiesbaden wollten auf dem Gewerkschaftstag ihren Protest gegen den letzten Tarifabschluß kundtun. Sie wurden nicht vorgelassen.

Bezogen auf die Tragweite war die Kritik an der von Wulf-Mathies angeregten Tarifpolitik schwach und auch zum Thema Solidarpakt gab es nur vereinzelt Widerstand, so daß die Vorsitzende nach der zweitägigen Debatte diesen als „offensive Strategie der Umverteilung“ und ihr Wahlergebnis als „Vertrauensbeweis“ betiteln konnte.

Auch die sonst wortstarke Kritik an der Bundesregierung war dieses Mal eher verhalten. Zwar wurde wie üblich kritisiert, daß Kohl die Unwahrheit gesagt habe und eine unsoziale Politik der Umverteilung von unten nach oben betreibe; eine umfassende Kritik an den derzeitigen Plänen, z.B. in Bezug auf die beabsichtigte Zerstörung des Sozialversicherungssystems mittels einer (teil)pri-

vaten Pflegeversicherung oder des Angriffs auf die Tarifautonomie durch die Deregulierungspläne, fand sich nicht in der „programmativen“ Rede Wulf-Mathies. Im Gegenteil drängte sich in den Diskussionen um einzelne Anträge der Eindruck auf, daß programmatische Positionen der ÖTV aufgeweicht werden sollen, so z.B. zum Thema Privatisierung im Gesundheitswesen. Hier ist es der Initiative von Delegierten zu verdanken, daß entsprechende Beschlüsse bzw. Initiativanträge gefaßt wurden.

Wie schon häufig, folgt die ÖTV-Führung auch diesmal wieder in außenpolitischen Positionen fast kritiklos der Bundesregierung. So wurde ein vom Hauptvorstand verfaßter Initiativantrag zum Krieg in Jugoslawien verabschiedet, in dem Serbien die alleinige Schuld zugewiesen wird. Auch nicht in Ansätzen wird die Rolle der Bundesregierung problematisiert. Um so erfreulicher ist, daß es gegen das Votum der Antragskommission gelang, Beschlüsse gegen einen Einsatz der Bundeswehr als Blauhelme

und gegen die Ausweitung des Nato-Einsatzgebietes zu fassen.

Nach 6 Konferenztagen hatten die Delegierten gerade Mal die 72 Anträge zu Satzungsfragen behandelt. Nur durch einen Kraftakt gelang es der Antragskommission, die restlichen rund 700 Anträge plus Initiativanträge zu sortieren in solche, die noch unbedingt behandelt werden mußten und solche, die an den Hauptvorstand überwiesen werden konnten bzw. ohne Diskussion beschlossen wurden. Dabei fielen wesentliche Diskussionen unter den Tisch. Soll diesem immer wiederkehrenden Zeitdruck nicht Absicht unterstellt werden, muß die ÖTV endlich zu einer zeitgemäßen Arbeitsweise mit Arbeitsgruppen finden. — (har)

# Auszüge aus der Rede von M. Wulf-Mathies

„Bei diesem Gewerkschaftstag ist vieles anders als früher. Latente Widersprüche sind aufgebrochen und verbinden sich mit neuen Konflikten. Wir müssen Entscheidungen treffen und Farbe bekennen.“

— Wie wollen wir die Erwartungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern erfüllen, die in dieser ÖTV neue, gesamtdeutsche Prioritäten setzen wollen?

— Haben wir die Kraft, einen Solidarpakt zum Aufbau Ost zu fordern, der die Umverteilung zu Lasten der sozial Schwachen stoppt und den Menschen in Ostdeutschland realistische Perspektiven eröffnet — auch auf die Gefahr hin, daß dies bedeutet, Positionen, die wir bisher vertreten haben, zu überdenken?

— Wie verhalten wir uns im Konflikt zwischen Sozialstaat und Ellenbogengesellschaft?

— Sind wir bereit, uns für ein soziales und demokratisches Europa zu engagieren, das auch seiner weltpolitischen Verantwortung gerecht wird?

— Gelingt es uns, eine tarif- und organisationspolitische Reform in der Gewerkschaft ÖTV voranzutreiben ...?

... Und damit möchte ich zu den Grundsatzfragen der Tarifarbeit — insbesondere der des öffentlichen Dienstes, aber vieles gilt auch für andere Bereiche — übergehen und damit den Schwerpunkt bei meinen heutigen Ausführungen setzen.

Welchen Stellenwert hatten und haben in unseren Diskussionen die ökonomischen Rahmenbedingungen, und wie weit sind wir uns der Tatsache bewußt, daß Tarifpolitik zwar das wichtigste autonome Handlungsfeld der Gewerkschaften ist, aber nicht allein die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestimmt?

Ich meine, es war auch ein Fehler, daß wir bereits bei Aufstellung der Forderung die Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen nur sehr begrenzt zur Kenntnis genommen haben.

Zwar war den meisten bewußt, daß die Sonderkonjunktur Ost, die die Wachstumsraten des Jahres 1991 geprägt hatte, zu Ende war und manche sogar eine Rezession befürchteten. Zwar haben die wirtschaftlichen Daten für 1992 in der Großen Tarifkommission eine Rolle gespielt — sonst hätten wir sogar eine zweistellige Forderung beschlossen —, aber aus den Mitgliederdiskussionen in Betrieben und Verwaltungen und aus den bezirklichen Zusammenfassungen wurde deutlich, daß man sich fast ausschließlich an den Erwartungen und Belastungen der Kolleginnen und Kollegen orientiert hatte und die Durchsetzbarkeit der Forderung allein an der Frage der Streikbereitschaft, nicht aber an den ökonomischen Voraussetzungen und an dem, was dann auch nach Streik davon noch übrig bleibt, gemessen wurde ...

In der Kritik an den materiellen Ergebnissen der Tarifpolitik der Gewerkschaft ÖTV wurde über Jahre fast ausschließlich auf die Konkurrenzbedingungen mit anderen Wirtschaftszweigen und den angeblich mangelnden Streikwillen des geschäftsführenden Hauptvorstandes, nicht aber auf generell verschlechterte Verteilungsrelationen abgehoben, die für alle Bereiche der Wirtschaft gelten ...

Der Streik im öffentlichen Dienst hat jetzt überdeutlich gemacht, daß ein Arbeitskampf zwar die Wende in der Tarifpolitik verhindern, aber die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse nicht umdrehen kann. Eine Woche mehr Streik hätte deshalb auch keineswegs automatisch zu einem besseren Ergebnis geführt, wie viele meinten. (Unruhe)

Wir müssen deshalb künftig zweierlei von vornherein deutlicher machen: Eine Überfrachtung der Tarifpolitik kann letztendlich nur zu Frust und Enttäuschung führen. Mangelnde soziale Gerechtigkeit in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, die Wirkungen von Arbeitslosigkeit und Strukturkrisen und Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau sind durch die beste Lohnpolitik nicht auszugleichen. (Beifall)

So verständlich es ist, wenn unsere Kolleginnen und Kollegen Steuer- und Abgabenbelastungen und Mieterhöhungen natürlich in ihre persönliche Einkommensberechnung einbeziehen, damit erhöht sich nicht automatisch der Verteilungsspielraum.

Dies gilt es gerade angesichts der länger anhaltenden Struktur- und Finanzierungsprobleme aus der deutschen Einheit und angesichts der zunehmenden Belastungen aus der Wirtschaftshilfe für Ost- und Mitteleuropa künftig stärker als bisher zu berücksichtigen.

Wir dürfen aber auch Daten, die andere Wirtschaftsbereiche setzen, nicht außer acht lassen. So sind wir zum Beispiel gut beraten, uns rechtzeitig mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Bedeutung die 3 Prozent aus dem Tarifabschluß der IG Metall für unsere künftige Tarifpolitik haben und welchen Stellenwert die Arbeitszeitverkürzung in unserer Forderung zur Tarifbewegung '93 haben soll ...

Es gibt aber noch ein zweites Problem, das wir verstärkt diskutieren müssen, wenn wir bei der Bewertung der ökonomischen Rahmenbedingungen in der Tarifpolitik des öffentlichen Dienstes nicht immer wieder in die Sackgasse geraten wollen.

In der Metallindustrie ist zum Beispiel die Diskussion über Tarifforderungen und Ergebnisse wesentlich geprägt von der Wirtschaftslage der Automobilindustrie. In der Seeschifffahrt sind internationale Frachtraten und Überkapazitäten wesentlich für die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation. Im Luftverkehr und beim Straßengütertransport spielen Wettbewerb und Liberalisierung eine zunehmend wichtige Rolle, auch für die Tarifpolitik.

Welche Schlußfolgerungen wir dagegen aus der Lage der öffentlichen Haushalte ziehen müssen, ist umstritten. Denn einerseits ist es zwar richtig, daß der Staat nicht pleite machen kann — jedenfalls bisher bei uns in Westeuropa nicht —, aber andererseits wissen unsere Kolleginnen und Kollegen nur zu gut um die Haushaltsprobleme ihrer Gemeinden, um die Belastungen der Sozialhaushalte, um Haushaltssperren und Finanzierungsdefizite. Und da kann es nur wenig trösten, wenn wir den Jäger 90 zum wiederholten Male zur Finanzierungsquelle für alle möglichen Vorhaben machen. (Beifall)

Selbstverständlich ist ein gut funktionierender öffentlicher Dienst ein wesentlicher Produktionsfaktor. Natürlich ist die soziale Ausgleichsfunktion des Staates, sind soziale Dienstleistungen unverzichtbarer Bestandteil des Sozialstaates. Und deshalb müssen diese Leistungen in hervorragender Qualität bei ebenso guten Arbeitsbedingungen erbracht werden. (Beifall)

Trotzdem stehen die Personalkosten des öffentlichen Dienstes in einem besonderen Spannungsverhältnis, denn sie rechtfertigen sich nicht durch steigende Unternehmerrgewinne, sondern sie müssen gegenüber dem Steuerzahler vertreten werden: von uns ebenso wie von den Arbeitgebern. Auch über diese Besonderheit des öffentlichen Dienstes müssen wir verstärkt nachdenken, nicht nur bei unseren Initiativen zur „Zukunft durch öffentliche Dienste“, sondern auch bei der Begründung tarifpolitischer Forderungen.

Laßt uns deshalb verstärkt darüber diskutieren, wie wir künftig Wünsche und soziale Notwendigkeiten stärker mit den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch mit den Grenzen des Erreichbaren in Verbindung bringen.

... Damit wir uns richtig verstehen: Ich predige keinen Verzicht ... Aber genauso wie Sockel-, Mindest- und Festbeträge ein Stück Umverteilung in der Klasse waren, so wird es, wenn um die Aufwertung von Frauentätigkeiten und um die Lohnangleichung Ost-West gerungen wird, nicht mit der Verteilung von Zuwächsen allein getan sein.

Daß wir bei der Diskussion um ein gerechtes Teilen erst einmal die Beiträge derer einfordern, die an der deutschen Einheit verdienen und trotz starker Schultern den Menschen im Osten nicht nur ihren Beitrag vorenthalten, sondern sich auch noch durch Steuergeschenke belohnen lassen, ist selbstverständlich. Aber es wäre gut, wenn wir uns angesichts der Finanzierungsdimensionen, vor denen wir stehen, von der Illusion trennen würden, solidarische Politik könne sich allein auf die Umverteilung von Zuwächsen beschränken. Auch diese unbequeme Wahrheit gehört zur schonungslosen Offenheit, die wir zur richtigen Therapie brauchen.“

## Beschlüsse des 12. Gewerkschaftstages der ÖTV

### Solidarität mit dem kurdischen Volk

Die Gewerkschaft ÖTV erklärt ihre Solidarität mit dem politischen Kampf des kurdischen Volkes für Selbstbestimmung. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. die Forderungen der Kurdinnen und Kurden nach Selbstbestimmung zu respektieren,
2. ihren Einfluß auf internationaler Ebene geltend zu machen und diese Forderungen der Kurdinnen und Kurden innerhalb der UNO und des Europarates zu vertreten,
3. die Militär- und Wirtschaftshilfe an die Länder einzustellen, die die Menschenrechte des kurdischen Volkes mißachten.

### Resolution gegen die Aushöhlung der Tarifautonomie

Der 12. Gewerkschaftstag ... hat mit Empörung von der Absicht der Bundesregierung Kenntnis genommen, in den fünf neuen Ländern für fünf Jahre Tarifverträge durch Betriebsvereinbarungen zu unterlaufen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die verfassungsrechtlich gewährleistete Tarifautonomie nicht anzutasten.

Mit dem Beschluß des Bundeskabinetts vom 24.6.1992, Voraussetzungen zur Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen der

Beschäftigten in den neuen Ländern zu schaffen, soll ein Zwei-Klassen-Tarifrecht eingerichtet werden. Dies ist Teil der schon mehrfach ... kritisierten Empfehlungen der Deregulierungskommission ... Das ist der bisher unverblümteste Angriff der Bundesregierung auf die Arbeitnehmerschaft, den der 12. Gewerkschaftstag scharf verurteilt. Die Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstages rufen von Nürnberg aus die gesamte Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik Deutschland zum energischen Widerstand gegen das Vorhaben der Bundesregierung auf.

### Gesetz zur Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten nach dem Einigungsvertrag

1. Der Deutsche Bundestag wird vom höchsten Gremium der Gewerkschaft ÖTV unverzüglich aufgefordert, den Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung abzulehnen.

Es widerspricht dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das seit dem 3. Oktober 1990 auch in den neuen Bundesländern mit Einschränkungen des Einigungsvertrages gilt, ein Sonderrecht „Ost“ bei Kündigungen zu schaffen. Die Gewerkschaft ÖTV lehnt den ... Gesetzentwurf ab ...

2. Der Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand und alle Bezirke auf, diese Forderung durch öffentliche Aktionen zu unterstützen, um die Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat zu verhindern.

3. Sollte es nicht gelingen, das Gesetz zu verhindern, dann sollte unverzüglich die Möglichkeit der Verfassungsklage geprüft werden ...

### Einsatz deutscher Streitkräfte

Die Gewerkschaft lehnt die Änderung des Artikels 87a des Grundgesetzes ab.

Alle Bestrebungen, die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte auszuweiten ..., lehnen wir entschieden ab. Diese Ablehnung soll bei verschiedensten gewerkschaftlichen Aktivitäten ... zum Ausdruck kommen. Die Gewerkschaft ÖTV spricht sich gegen jeglichen militärischen Einsatz von Einheiten der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland bzw. des NATO-Vertragsgebietes aus. Dies schließt ausdrücklich auch die Beteiligung von Wehrpflichtigen an Missionen der UNO (Blau-Helme) ein. Jeder militärische Einsatz der Bundeswehr bedarf der Zustimmung des Bundestages mit Zweidrittelmehrheit. Die NATO-Verträge sind entsprechend zu ändern.

# Ein Volk, das Widerstand leistet Veranstaltung mit der HEP

Im Juni besuchte eine Delegation der Partei HEP (Arbeiterpartei des Volkes) aus der Türkei die Bundesrepublik. In Karlsruhe veranstalteten DGB-Kreis Karlsruhe, Die Grünen und Kurdistan Komitee Karlsruhe einen Informationsnachmittag und -abend mit Selim Sadak, kurdischer Abgeordneter im türkischen Parlament, Dr. Yalçın Küçük, türkischer Journalist und Professor für Ökonomie an der Universität in Ankara, und Sükrü Tabak, zweiter Vorsitzender der HEP-Europaorganisation. Es nahmen rund 150 Leute teil.

Von den vorgezogenen Wahlen am 20. Oktober letzten Jahres in der Türkei wurde die HEP ausgeschlossen. Die HEP-Vertreter kandidierten auf Listen der SHP, 22 von ihnen wurden in den türkisch besetzten kurdischen Gebieten ins türkische Parlament gewählt.

Gegen die 22 kurdischen Abgeordneten beantragten die Oberstaatsanwaltschaft und das Staatssicherheitsgericht Ankara im November 1991 die Aufhebung der parlamentarischen Immunität, um sie wegen Hochverrats und Separatismus nach § 125 des türkischen Gesetzbuches anzuklagen, der die Todesstrafe vorsieht. Ihnen wird vorgeworfen, kurdische Farben zu tragen, eine „unverständliche Sprache“ (kurdisch) zu sprechen und die PKK zu unterstützen.

Professor Dr. Yalçın Küçük tritt für die Gleichberechtigung und Verständigung des türkischen und des kurdischen Volkes ein. Zum wiederholten Male wird er im Juli vor dem Staatssicherheitsgericht wegen Zeitungsartikeln stehen, in denen er sich mit der Kolonialpolitik der Türkei und der Politik der PKK auseinandersetzt. — (rub, s.)



In Stuttgart besuchten ca. 300 Menschen die Veranstaltung mit Vertretern der HEP. Neben der Delegation waren Vertreter der SPD, der Grünen, der PDS/LL, des Ausländerausschusses und des kurdischen Arbeiter- und Kulturvereins auf dem Podium vertreten. Auf dem Bild (von li. nach re.): W. Baumgarten (AK Asyl), F. Yazar (Sekretär der HEP), Y. Küçük (Schriftsteller), F. Hazar (Ausländerausschuß). — (Bild: rac)

Liebe Freunde und Freundinnen, wie Ihr wißt, verfolgt die Türkische Republik seit ihrer Gründung eine unterdrückerische Politik gegenüber den Menschen, gegenüber den Kurden, die in diesem Land leben ... Bis heute wurde diese Politik durch Ausnahmezustand, durch Ausnahmezustandsgesetze, durch Antiterrorgesetze, Militärjuntas

## Wer ist die HEP-Partei und was macht sie? Selim Sadak

immer durchgebracht. Seit dem 12. September 1980 kam das noch mehr zutage.

Wir als HEP entstanden, um den Willen und die Wünsche des Volkes zu äußern ... und gegen die antidemokratischen Unterdrückungsmaßnahmen zu protestieren.

Am 20. Oktober 1991 fanden die vorgezogenen Wahlen statt. Aus den bekannten Gründen haben wir uns über die Wahllisten der SHP wählen lassen, und wir kamen mit einer großen Mehrheit ins Parlament. Wir hatten jedoch hierbei bestimmte Bedingungen gestellt, näm-

lich Aufhebung des Ausnahmezustandes, Aufhebung des Antiterrorgesetzes, Anerkennung der kurdischen Identität und diesbezügliche Schritte und ähnliches.

Als das Volk uns wählte, hat es uns gesagt, wir brauchen keine Straßen, wir brauchen weder Wasser noch Brot. Das einzige, was wir wollen, ist, daß die antidemokratischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen uns aufgehoben werden und daß wir als Menschen mit unserer Identität leben können ...

Deshalb gaben wir der Regierung eine Deklaration, die demokratische Forderungen beinhaltet, die für eine demokratische Institutionalisierung der Türkei eintritt.

Die Antwort der Türkischen Republik war, daß wir im Parlament geschlagen wurden, daß wir im Parlament von dem Rednerpult gezogen wurden.

Die Antwort der Regierung waren weiterhin die Massaker von Lice, von Kulp, die Massaker am Newrozfest und gegenüber der Zivilbevölkerung Angriffe, Massaker und Ermordungen. Sie ging soweit, daß sie die ganze Bevölkerung als terroristisch erklärte, als PKKler, und diese deshalb ermordete.

Aus diesen Gründen beschlossen wir, nicht mehr an dieser Regierung, an dieser Koalition teilzunehmen. Wir traten aus dieser Koalition aus. Wir kehrten zu unserem Ursprung zurück, nämlich zu der Partei HEP ...

Ich sehe das kurdische Problem nicht als Problem, das sich ausschließlich auf die Menschenrechte beschränkt. Das wäre viel zu einfach. Für mich ist die Welt ziemlich klein, ich denke da an den Mittleren Osten mit all seinen Staaten. Vielleicht sind die Menschen hier in Deutschland reich, materiell gesehen, aber die Menschen hier sind ohne Liebe

## Kampf der Kurden Dr. Yalçın Küçük

und Zuneigung, ohne Widerstand und sie sind passiv geworden ... Der kurdische Widerstand ist die Wiedererschaffung der Menschheit ... Es entsteht ein Volk, das sich zu allen seinen Werten, zu seiner Identität bekennt. Diese Werte sind nicht mehr ohne Besitzer, wenn ein Volk sich dazu bekennt. Wir sehen das kurdische Volk als ein Volk, das Aufstände durchführt, also den Kopf nicht einknickt, sondern aufhebt, nicht mehr unterwürfig ist, sich wie Sklaven verhält, sondern Widerstand leistet. Das ist sehr wichtig. Während die Mehrheit der Völker dieser Welt sich unterdrücken lassen, akzeptiert das kurdische Volk das nicht und erhebt sich ... Ich definiere Menschheit als einen Schmetterling

und dieser Schmetterling war im 20. Jahrhundert in Rußland. Dort wurden sehr große Menschen hervorgebracht. Und dieser Schmetterling war im 19. Jahrhundert woanders, im 18. Jahrhundert in Frankreich und heute ist dieser Schmetterling in der Bergen Kurdistans in diesem Widerstand ...

Die Geschichte unserer Völker ist ineinander verwoben. Die Kurden haben eine lange Widerstandstradition, eine Aufstandstradition. Aber ich möchte hier besonders auf die PKK hinweisen. Unter der Führung der PKK erlebt das kurdische Volk eine Wiederauferstehung, die Renaissance der Kurden. Die Rolle der PKK ist hierbei besonders wichtig, es ist die Realität. Ich sage das nicht, um die PKK zu loben oder ähnliches, aber diese Rolle hat sie ...

Die Regierungen der Türkischen Republik haben in der Geschichte den Widerstand der Kurden immer wieder als terroristisch denunziert. Das, was ich hier sage, habe ich auch vor dem Staatssicherheitsgericht gesagt. Und ich möchte besonders zu den europäischen Freunden gerichtet sagen, wenn ein Volk, wenn sein Name verboten ist und wenn alle seine Rechte in Bezug auf seine Identität verboten sind, wenn es keine andere Möglichkeit hat, als im Widerstand sich dagegen zu wehren, als diesen Weg, den die PKK geht, so müssen wir diesem Volk recht geben. Man hat ihm nur diesen einen Weg gelassen. Wir hät-

ten uns natürlich alle gefreut, wenn es einen anderen Weg gegeben hätte. Aber leider gibt es ihn nicht. Die Menschen sind wertvolle Kreaturen. Nicht einmal ein Mensch sollte sterben ...

Das Newrozfest 1992 stellt einen Wendepunkt in der Geschichte des kurdischen Widerstandes dar. Wie Engels bereits schon sagte, viele Erfindungen, vieles, was wissenschaftlich erfunden wurde, deren Herkunft ist die Gewalt — und es scheint, als habe Engels recht behalten. Bis zum Newrozfest 1992 erklärte die Regierung immer wieder, daß diese Bewegung keine Verwurzelung im Volk hat, daß sie losgelöst ist von den Massen und daß sie terroristisch ist, daß sie losgelöst vom Volk Widerstand leistet. Jedoch nach dem Newrozfest 1992 haben wir auch im Fernsehen gesehen, daß dieser Widerstand eine Massenbewegung ist, eine Massenbasis besitzt. In diesem Sinne ist Newroz für mich sehr wichtig, für mich war dieses Mal Newroz wissenschaftlich ...

Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der ständigen Wiederbelebung, der ständigen Neuentstehung ... Ich glaube, der Widerstand, der auf den kurdischen Bergen entfacht wurde, kann sich in der Region ausbreiten. Er kann sich ausbreiten auf die arabischen Völker, auf die türkischen Völker von dem kurdischen Volk aus. Ich glaube in Zukunft wird eine Einheit der Völker im Nahen Osten entstehen ...

Bitte berichten Sie über die Menschenrechtsverletzungen durch die türkischen Behörden und insbesondere die türkische Armee in Kurdistan. (Kommunale Berichte Karlsruhe).

Hat die Armee deutsche Waffen, westdeutsche Waffen und NVA-Waffen dabei benutzt? (Die Grünen, Pforzheim)

**Yalçın Küçük:** Natürlich werden in der Türkei die Menschenrechte verletzt, das ist ohne Zweifel. Aber das Problem in der Türkei bzw. in Kurdistan hat die Problematik der Menschenrechte schon längst überschritten. Es ist ein politisches Problem, und wir müssen es auch als politisches Problem betrachten.

Natürlich gibt es in diesem Sinne einen Krieg zwischen den PKK-Guerilleros und dem Staat. Aber dieser Krieg sollte nicht nur in diesem Bereich gesehen werden. In der ganzen Türkei ist dieser Krieg ausgeweitet worden. Überall in anderen Teilen der Türkei, in den Großstädten und Metropolen werden die Menschen auf der Straße getötet. Und insofern diese Problematik nur von den Menschenrechten her zu betrachten, ist zu leicht, es ist ein gesellschaftliches, ein politisches Problem im ganzen.

**Selim Sadak:** Da ich Abgeordneter aus der Region Botan/Sirnak bin, habe ich die Möglichkeit, mich in dieser Region mit den eigenen Augen auf Reisen zu informieren. Waffen, die aus Deutschland dort sind, werden regelrecht als Bedrohung gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Man sieht bei den Spezialteams, Kontinguerillas kann man sie auch nennen, Waffen, Kalashnikows, aus den alten NVA-Beständen.

Während des Newrozmassakers haben die Kurden sich wiederholt an die deutsche Öffentlichkeit gerichtet: Wieso werden diese Waffen seitens der BRD gegen uns gerichtet, gegen uns eingesetzt. Es wurden sehr viele Botschaften an die deutsche Bevölkerung und Öffentlichkeit gerichtet.

Seit 70 Jahren hat die Türkische Republik keinen Krieg außerhalb ihrer Grenzen erlebt. Seit dieser Zeit werden die Waffen ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung gerichtet, vor allem gegen die kurdische Bevölkerung. Diese Feststellung kann man auch im Rahmen der europäischen konventionellen Abrüstungserklärungen sehen. Dabei hat die Türkische Republik bei den Verträgen zu den Waffenreduzierungen das Gebiet Kurdistan aus diesen Verträgen herausgehalten.

## Die Türkei will nicht verhandeln — Ausschnitte aus der Diskussion

Handelt es sich nur um NVA-Waffen oder sind es grundsätzlich Waffen aus NATO-Beständen, d. h. also liefert der Westen insgesamt Waffen und damit insgesamt die NATO? (DGB-Kreisvorsitzender von Karlsruhe und Mitglied des Europarats des EGB, Lothar Hünneke)

**Yalçın Küçük:** Zum einen hat die türkische Republik eine Armee, die funktioniert und schon bewaffnet ist. Das wichtigste bei dem Waffenembargo der BRD ist, daß während des Newroz-Festes die deutsche Regierung und die Bevölkerung es im Fernsehen gesehen haben, daß die Waffen, die sie geliefert haben, gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wurden.

Natürlich sind auch amerikanische Waffen, aus Frankreich und aus anderen Staaten und Ländern da. 1974, bei dem Zyperkrieg, verhängte die USA ein Waffenembargo gegen die Türkische Republik, das zehn Jahre andauerte. Aber das Waffenembargo der deutschen Regierung gegen die Türkische Republik hielt nicht einmal zehn Wochen.

Haben Sie offizielle Kontakte als kurdische Parlamentarier zu deutschen Parlamentariern, haben Sie offizielle Gespräche mit Regierungsvertretern geführt? Was können wir hier als deutsche Bevölkerung tun? Halten Sie z. B. einen Tourismusboykott bzgl. der Türkei für richtig? (Die Grünen Karlsruhe)

**Selim Sadak:** Natürlich haben wir Gespräche mit bestimmten Personen und Institutionen geführt. Unsere Forderungen waren folgendermaßen: Wir gehören zu den unterdrückten Völkern. Wir wollen, daß sie mit diesen Völkern solidarisch sind. Die Türkische Republik hält sich nicht an die KSZE-Abkommen, an die Pariser-Abkommen, an die Helsinki-Abkommen, unter all diese internationalen Abkommen hat sie ihre Unterschrift gesetzt. Wenn die Türkische Republik das so handhabt, dann lauten unsere Forderungen: das Waffenembargo muß weiterhin eingehalten werden, die wirtschaftliche Hilfe an die Türkische Repu-

blik sollte eingestellt werden, weil diese Hilfe besonders in den Ausnahmezustandsgebieten, also den kurdischen Gebieten, gegenüber der kurdischen Bevölkerung eingesetzt wird. Diese Hilfe wird als militärische Hilfe eingesetzt. Tourismusboykott ist auch angebracht.

Kurdische und türkische Parlamentsabgeordnete, Journalisten, Schriftsteller, Rechtsanwälte, Hochschullehrer usw. sowie UN-Beamte haben die Anerkennung der PKK als Kriegspartei und die Einhaltung des internationalen Völkerrechts in Kurdistan gefordert. Welche Auswirkungen hatte das auf die Politik der Türkei? (Kommunale Berichte Karlsruhe)

**Yalçın Küçük:** Nach den Todesfällen während des Newrozfestes wurde von Intellektuellen und Abgeordneten der UN eine Unterschriftenliste vorgelegt, die dagegen protestierte. Die türkische Regierung fühlte sich dadurch gestört. Vor allem die Presse hat diejenigen, die unterschrieben haben, unter denen wir uns auch befinden, zu Landesverrättern erklärt. Gegen uns sollten Prozesse eröffnet werden. Jedoch müssen, damit in der UN die politischen Auswirkungen noch gewichtiger werden, diese Proteste seitens der Staaten gemacht werden. Das heißt, hier fallen den demokratischen Staaten Aufgaben zu. Das ist als Aufruf an die deutschen Organisationen und Parteien, an die deutsche Regierung zu verstehen, die ihre Aufgabe wahrnehmen sollen.

Leyla Zana und Hatip Dicle sollen angeboten haben, zwischen der türkischen Regierung und der PKK zu vermitteln, um den Weg für politische Verhandlungen zu öffnen. In einem Interview sagte Demirel auf die Frage, ob die Türkei das Angebot der PKK über einen föderalistischen Staat ernsthaft erwäge, daß die Regierung nicht mit Separatisten und Terroristen verhandele. (Kurdistan Komitee Karlsruhe)

**Yalçın Küçük:** Alle Regierungen der Türkei haben bis jetzt das Problem nicht beim Namen ge-

nannt, sie haben es als Separatismus oder als Aktionen einer Organisation, die von den Massen losgelöst ist, bezeichnet. Und die türkische Regierung will es auch so sehen. Nach dem Newrozfest 1992 haben alle sehen können, daß dies eine Volksbewegung ist. Danach hat der türkische Staat die Bewegung, die Organisation PKK, beim Namen genannt. Und bei der Außendiplomatie, vor allem mit Syrien und Österreich, wurde die PKK namentlich genannt. Über die PKK wurde mit jeweiligen Staaten verhandelt, um die Bewegungsmöglichkeit der PKK und ihrer Sympathisanten dort einschränken zu lassen. Das ist eine neue Situation in der Türkei. Aber die Regierung will nicht die PKK als diplomatische Gegenpartei ansehen, will sie nicht als Gesprächspartner anerkennen.

1920 wurde ja dieser Staat gegründet, geführt vom Kemalismus. Eben deshalb haben die Intellektuellen, die intellektuellen fortschrittlichen Kreise, das Denken verlernt. Sie sind durch den Kemalismus prostituiert worden. Die Türkische Republik wird sich dem Lösungsvorschlag eines föderativen Staates nicht nähern, einen Föderalismus nicht akzeptieren. Aber das eine sieht man, es wird in der Türkischen Republik nach Lösungswegen gesucht. In Deutschland sagt man „Türken raus“, in der Türkei erzeugen bestimmte Kreise Oeine Stimmung, die sagt „Alle Kurden raus“. Zum anderen findet in Südkurdistan, also im irakisch besetzten Teil Kurdistans, z. Zt. der Versuch einer protürkischen und proamerikanischen Staatsgründung statt, es soll ein protürkischer und proamerikanischer kleiner Staat entstehen. Wir haben aus Kreisen des Geheimdienstes Informationen, die besagen, daß sogar die Armee dabei behilflich ist. Gleichzeitig sind auch andere Projekte hier in Europa vorhanden, genauso wie dort. Jedoch sind diese kurdischen Projekte der Türkischen Republik nicht ganz ernst. Sie spielt mal mit diesem, mal mit jenem Projekt. Die andere Seite ist, daß die Türkische Republik auch einen imperialistischen Unternehmungsgeist zeigt. Letzten Endes kann gesagt werden, daß die türkische Regierung keine fortschrittliche kurdische Organisation als Partner bei einer föderativen Lösung akzeptieren will. Eine Annäherung an eine unabhängige, fortschrittliche kurdische Bewegung ist nicht da, diese Annäherung wird auch nicht von der türkischen Regierung gesucht.

(Die Antworten sind teilweise gekürzt)



## Spaltung der CSFR vereinbart

Die Meldungen sind widersprüchlich: Einerseits sollen laut Meinungsumfragen sowohl in der tschechischen als auch in der slowakischen Teilrepublik der CSFR jeweils eine Mehrheit gegen die Spaltung des Landes und für die Fortsetzung der Föderation sein, andererseits betreiben die führenden Politiker in beiden Landesteilen die Zerlegung des Staates. Der bürgerliche Block, der im tschechischen Landesteil über eine Mehrheit der Wählerstimmen verfügt, hat in einer Vereinbarung mit der Mehrheitspartei in der Slowakei einer Auflösung der Föderation zugestimmt. Die Prozedur bleibt umstritten: Beschluß der Landesparlamente bis zum 30. September oder Volksabstimmung. Sowohl Minister Klaus von der bürgerlichen ODS in der Tschechei als auch Meciar von der Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) beteuern, daß alles „friedlich“ vor sich gehen soll.

Nun ist sicher die Geschichte der beiden Landesteile weniger geeignet Versatzstücke für nationalistischen Kampf abzugeben als etwa die serbische und kroatische Vergangenheit. Die wirtschaftliche Situation sorgt aber für Konfliktstoff. Ab nächstem Jahr sollen strikt getrennte Haushalte aufgestellt werden. Dabei wird von tschechischer Seite

immer wieder hervorgehoben, daß bisher die Slowakei subventioniert wurde: Die Einnahmen für die Bundeskasse von dort seien geringer und die Ausgaben aus der Bundeskasse (vor allem die Arbeitslosenunterstützung) überproportional. Von slowakischer Seite wird allerdings eingewandt, daß viele Unternehmen, die in der Slowakei Betriebe haben, mit Firmensitz im tschechischen Landesteil registriert seien. Aber nicht nur die Aufteilung der Einnahmen ist umstritten: Was ist mit den Staatsschulden, den Devisenreserven?

Dazu kommt Einnischung von außen. Die EG hatte bisher einen Kurs verfolgt, bei Unterstützung der bürgerlichen Mehrheit in der Tschechei eine Spaltung des Landes zu verurteilen. Inzwischen melden sich aber erste Stimmen, die in einer „Balkanisierung“ der CSFR Vorteile erblicken. So berichtete Radio Prag, daß der rechtskonservative Europa-Abgeordnete Otto von Habsburg eine Spaltung der CSFR für sinnvoll hält. Der geplante Assoziationsvertrag mit der EG könne dann auf den tschechischen Landesteil („Böhmen und Mähren“) beschränkt werden, der im Gegensatz zur Slowakei eine sinnvolle Wirtschaftspolitik betreiben.

Süddt. Ztg., 22. 6.; NZZ, 24. 6. — (alk)

## Internationale Umschau



Mit einem Anti-Streik-Gesetz hat US-Präsident Bush die Unterbrechung eines landesweiten Eisenbahnerstreiks erzwungen. Sechs Eisenbahnergewerkschaften mit zusammen 20000 Mitgliedern hatten am vergangenen Mittwoch mit einem Streik gegen den US-Frachtkonzern CSX-Corporation, die größte Eisenbahnfrachtgesellschaft in den USA, begonnen. Seit vier Jahren haben die Lohnabhängigen bei CSX keine Lohnerhöhung erhalten. Sofort nach Beginn des Streiks stellten 39 weitere Eisenbahnfirmen den Betrieb ein und sperrten ihre Lohnabhängigen aus. Als auch Konzerne wie GM und Chrysler behaupteten, ihre Produktion bereits nach wenigen Tagen Streik erheblich verringern zu müssen, beschloß der US-Kongreß auf Wunsch von Präsident Bush im Eilverfahren ein Anti-Streik-Gesetz gegen die Eisenbahner. Durch das Gesetz sind alle Streikaktionen 38 Tage lang verboten. — (rül)

### Landesweiter Streik in Indien

Das gesamte öffentliche Leben und wichtige Schlüsselbereiche der Industrie in ganz Indien waren am 16. Juni durch einen von allen Gewerkschaften getragenen Streik lahmgelegt. An dem 24-stündigen Generalstreik waren über zehn Millionen Beschäftigte beteiligt. Der Protest richtete sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung unter Premierminister P. V. Narasimha Rao. Die Streikenden forderten einen „eigenständigen indischen Kurs ohne Gängelung durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF)“. Die indische Regierung hatte in den letzten Monaten insbesondere Subventionen für den Sektor Grundnahrungsmittel aufgehoben. Bei teilweise heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Streiks waren über 10000 Menschen festgenommen worden. — (cog)

### Streik in kanadischer Papierindustrie

Am 15. Juni haben 12.500 Beschäftigte in 19 Betrieben der Papier- und Zelluloseherstellung in der Provinz British Columbia die Arbeit niedergelegt. Die Forderungen der Gewerkschaften beziehen sich auf Feiertagsregelungen sowie Lohn- und Pensionsansprüche. Die Kapitalisten rechnen damit, daß sich die Streiks über den ganzen Sommer hinziehen werden; sie haben entsprechend ihre Lager aufgestockt. NZZ, 19. 6. — (alk)

### Mexiko protestiert gegen US-Drogenfahnder

Der Oberste Gerichtshof der USA hat mit sechs zu drei Stimmen die Entführung eines mexikanischen Bürgers durch amerikanische Agenten aus Mexiko nachträglich gebilligt, wogegen die mexikanische Regierung scharf protestiert und die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Drogenfahndungsbehörde DEA suspendiert hat. Die mexikanische Regierung untersagte allen Drogenfahndern der DEA, weiter in Mexiko tätig zu sein. Der Entführte, ein Arzt, der seine Unschuld beteuert, wurde von der DEA verdächtigt, einen ihrer Agenten ermordet zu haben. Die DEA versuchte, zunächst ohne Antrag auf eine formelle Auslieferung eine Übergabe des Verdächtigen durch mexikanische Behörden zu erreichen. Als sich diese nicht darauf einließen, wurde er über die Grenze nach Texas gebracht und soll jetzt vor ein US-Gericht gestellt werden. Bereits vor einigen Jahren stieß eine ungenehmigte Durchsuchungsaktion von DEA-Agenten in Mexiko auf scharfe Proteste. Nach den Protesten aus Mexiko versucht das US-Außenministerium jetzt das Gerichtsurteil herunterzuspielen, um eine weitere Tätigkeit der Drogenagenten, die bei zahlreichen US-Botschaften weltweit tätig sind, zu ermöglichen. Gleichzeitig wird aus dem Außenministerium darauf hingewiesen, daß das Urteil von Bedeutung sei für die geforderte Auslieferung von libyschen Staatsangehörigen an die USA im Zusammenhang mit dem Lockerbie-Attentat. NZZ, 18. 6. — (alk)

### Libyscher Volkskongreß: Keine Auslieferung

Nachdem die westlichen Nachrichtenagenturen wochenlang spekuliert hatten, daß die Tagung des libyschen Volkskongresses zu einer Entmachtung Khadhafis und einer Neuorientierung der libyschen Außenpolitik führen würde, liegen jetzt die Beschlüsse vor, die eine Beurteilung solcher Gerüchte erlauben. Der Libysche Volkskongreß hat nach längerer Debatte beschlossen, der Forderung der USA und anderer Nato-Staaten nach Auslieferung zweier libyscher Staatsangehörigen, die des Flugzeugattentats von Lockerbie verdächtigt werden, nicht nachzugeben. Der UNO-Sicherheitsrat hatte gegen Libyen Sanktionen, vor allem einen Verkehrsboykott, verhängt, die die Auslieferung erzwingen sollen. Das libysche Parlament ließ den Nato-Staaten allerdings einen Verhandlungsweg offen: In der Resolution des Volkskongresses wird einem Verfahren vor einem gerechten und unabhängigen Gericht, das von der UNO und/oder der Arabischen Liga bestimmt oder überwacht wird, zugestimmt. Aus den USA und Frankreich kam allerdings als offizielle Reaktion sofort, daß eine solche bedingte Auslieferung nicht in Frage komme und die Sanktionen gegen Libyen fortgesetzt werden. — (alk)

### UN-Truppen müssen nachgeben

Der aus Japan stammende Leiter der UNO-Friedensmission in Kampuchea, Akashi, hatte die Roten Khmer beschuldigt, den Friedensprozeß in Kampuchea zu gefährden, weil die Roten Khmer nicht bereit seien, sich entwaffnen zu lassen. Jetzt mußte die UNO wenigstens teilweise einlenken: Die Roten Khmer hatten erklärt, Kontrollpunkte der UN-Truppen an der Grenze zu Vietnam reichen nicht aus, um den Rückzug der vietnamesischen Armee zu kontrollieren. Ein verständliches Mißtrauen, schließlich stehen diese Truppen unter dem militärischen Befehl eines australischen Generalleutnants (zweihundert uniformierte Sanitäter stammen aus der BRD). Jetzt sollen Vertreter aller kambodschanischen Parteien, also auch der Roten Khmer, an den Grenzkontrollaktivitäten beteiligt werden und darüber hinaus mobile Untersuchungsteams den Abzug aller ausländischen Streitkräfte überwachen. Süddt. Ztg., 29. 6. — (alk)

### Sklaverei in Brasilien

Die katholische Kirche und die britische Menschenrechtsorganisation Anti Slavery International werfen der brasilianischen Regierung vor, daß sie trotz des seit mehr als hundert Jahren geltenden Verbotes weiterhin Sklaverei dulde. Großgrundbesitzer locken arbeitslose Brasilianer mit Versprechungen auf einen Arbeitsvertrag an und lassen diese dann je nach Bedarf für Wochen, Monate oder Jahre streng bewacht ohne Bezahlung auf ihren Zuckerrohr- oder Kaffeepflanzungen schuften. Dann werden sie weggejagt — die Polizei unternimmt auf Klagen nichts. Andere Großgrundbesitzer zahlen monatlich keinen Lohn, was die Arbeiter zwingt, sich bei den Läden der Großgrundbesitzer mit überhöhten Krediten auf unabsehbare Zeit zu verschulden. —NZZ, 27./28. 6. — (alk)

## SGB mit neuem Arbeitsprogramm

Auf einem Sonderkongreß hat der SGB, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, im Juni ein neues Arbeitsprogramm verabschiedet. Der 442.470 Mitglieder zählende SGB, darunter viele Ausländer, löst damit das Programm für die 80er Jahre ab. Der Kongreß fand vor dem Hintergrund einer tiefen Krise der Schweizer Wirtschaft statt. Die Arbeitslosigkeit ist so groß wie seit 50 Jahren nicht mehr. Gleichzeitig stagnieren die Mitgliederzahlen der SGB-Verbände. Angesichts solch „konjunkturellen und politischen Gegenwind“ (NZZ) dürfte man gespannt sein, ob die stark sozialpartnerschaftlich orientierten Schweizer Gewerkschaften Terrain zugunsten eines von den Kapitalisten geforderten neoliberalen Kurses opfern würden.

Obwohl das neue Programm an verschiedenen Stellen entschärft wurde — so strich man etwa Ausführungen über das „kapitalistische System“ und Wirtschaftslenkung —: in verschiedenen konkreten Punkten sind die 200 Delegierten eher nach links gegangen. So sollen zum Beispiel Gesamtarbeitsverträge (Tarifverträge) und gesetzliche Mindestnormen ausgedehnt werden. Das Programm postuliert außerdem „genügende, monatliche Löhne“.

Lohnungleichheit für Mann und Frau, die Abschaffung „leistungstreibender Lohnsysteme“, die gesetzliche Festsetzung der 40-Stunden-Woche (45 Stunden sind gegenwärtig üblich) und bis 2000 die 35-Stunden-Woche. Gefordert wird außerdem eine strenge Beschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit. Schwach bleibt das Arbeitsprogramm immer dann, wenn es um die unteren Lohngruppen und — teildensisch — um die ausländischen Lohnabhängigen geht. Bezeichnend, daß zwei Anträge scheiterten, die auf ein garantiertes Mindesteinkommen drängten. Stattdessen fordert der SGB bewußt unpräzise ein „verfassungsmäßiges Sozialrecht auf Existenzgarantie“. Immerhin wird an anderer Stelle das Bedürfnisprinzip gegenüber dem Leistungsprinzip hervorgehoben, folgerichtig lehnte der Kongreß den Leistungslohn prinzipiell ab. Gleichwohl unterlag ein Antrag nach einem „Teuerungsausgleich in festen Beträgen“ zugunsten der unteren Einkommen knapp mit 50 gegen 79 Stimmen. Erfreulich allerdings, daß der Begriff des Arbeitsfriedens (Streikverzicht), seit 50 Jahren heilige Kuh, in den Organen des SGB zur Diskussion gestellt werden soll. — (jüg)

## „Neues“ zionistisches Modell nach der Wahl?

Nach dem deutlichen Sieg der Arbeitspartei bei den Wahlen in Israel vom 23. 6. über den Likud-Block wird nun Staatspräsident Herzog den Arbeitspartei-Chef Rabin mit der Regierungsbildung beauftragen. Die Arbeitspartei erhielt diesmal 45, der Likud-Block nur noch 32 Sitze im 120 Sitze umfassenden Knesseth. Zu möglichen Koalitionen erklärte Rabin bislang lediglich, daß Kommunisten und Araber nicht in Frage kämen; Andeutungen gibt es, daß er um kleinere rechte Parteien werben wird. Er hatte sich im Wahlkampf stets als der bessere Zionist dargestellt, wozu er als Generalstabschef der Truppen des Sechstagekrieges von 1967 und als ein Begründer der Politik der „eisernen Faust“ gegen die palästinensische Intifada auch Grund hat. Vor allem aber hat Rabin von der Situation profitiert, daß sich der Likud mit seiner starren Haltung (Weiterbesiedlung aller 1967 besetzten Gebiete) in eine Sackgasse manövriert hat: einerseits drohten die USA, Kreditzusagen rückgängig zu machen, weil so der „Friedensprozeß“ in Nahost gestört würde, andererseits waren zuletzt immer weniger Juden aus

Osteuropa zur Einwanderung bereit, weil sie dort kein auskömmliches Leben erwartet und die Arbeitslosigkeit der Neueinwanderer auch im 1948 besetzten Teil Palästinas, dem heutigen Israel, enorm gestiegen ist. Die Arbeitspartei verspricht, dem mit staatlichen Programmen abzuwehren und will die Siedlungspolitik zwar weiterführen, aber Neuansiedlungen auf Teile von Westbank und Gaza-Streifen beschränken, um andere publikumswirksame in den Nahost-Verhandlungen den Palästinensern als „autonome Gebiete“ nach Homeland-Modell (keine volle Souveränität, keine PLO-Beteiligung usw.) „anzubieten“. Daß eine Abkehr vom Groß-Israel-Modell bei den Wahlen so gut wie keine Rolle spielte, zeigt sich auch darin, daß die erstmals kandidierende Liste gegen neue Einwanderungen keinen einzigen Sitz im Knesseth erreichte. PLO-Chef Arafat sagte gleich nach den Wahlen, daß es der PLO keinesfalls lediglich um eine „Autonomielösung“ ginge, sondern um wirkliche Souveränität in allen 1967 besetzten Teilen Palästinas.

Quellen: div. Palästina Bulletin; Süddeutsche Zeitung, 25. 6. 92 — (uga)



Mit Blockaden, Demonstrationen und der demonstrativen Zerstörung von Lebensmitteln (Bild) haben Tausende von französischen Bauern in den letzten beiden Wochen gegen die Agrarbeschlüsse der EG protestiert. Die Beschlüsse der EG-Agrarminister haben starke Rückgänge der Preise und Erlöse der Bauern zur Folge. In Paris blockierten etwa 5000 Bauern am 23. Juni mehrere Hauptverkehrsstraßen. Wenige Tage später stoppten in der Nähe von Marseille Bauern einen spanischen LKW mit Tomaten an Bord und vernichteten die Ladung. — (rül)

## „Schlank produzieren“ bei C. Freudenberg

Weinheim. Drohungen und Propaganda für die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, Kritik des Gesamtkonzeptes durch einzelne Betriebsratsmitglieder, große Unsicherheit in der Belegschaft — das kennzeichnete die kürzlichen Betriebsversammlungen bei Freudenberg.

Rabiate Arbeitsplatzvernichtung, Produktivitätszuwachs, Produktionsverlagerungen in europaweit agierende „Profit-center“, verstärktes Auspowern der menschlichen Arbeitskraft — das sind die Ziele der „lean production“ („Schlanke Produktion“). Die Umstrukturierung in Produktion und Büros zur verstärkten Gruppenarbeit ist wesentlicher Bestandteil. Mit dem Argument „Aufhebung der Monotonie“ soll es schmackhaft werden.

Die Mitte der 80er Jahre in Ansätzen eingeführte Gruppenarbeit in den „Industriezellen“ Simrit zeigt, wo's langgeht:

Statt vermehrter Abwechslung wurden Wartezeiten mit Endbearbeitung und Kontrolle aufgefüllt. Die einzelnen Arbeitsschritte blieben monoton wie zuvor. Die alten Kontroll- und Endbearbeitungs-Plätze wurden abgebaut. Statt „Zeitaufonomie“ und „Eigenverantwortung“ die selbst-tätige Verwirklichung erhöhter Vorgaben. Die Einführung der IZ wurde mit geringen Höhergruppierungen schmackhaft gemacht.

Indirekte Tätigkeiten, die vorher z.B. Bestandteil der Qualitätssicherung waren (LG 39/40), wurden in die Gruppentätigkeit integriert (bis dahin LG 34, dann 35). Von dem denkbaren Vorteil von Gruppenarbeit für die Beschäftigten bleibt so gar nichts: Der tägliche Druck wird durch „Gruppenzwang“ vermittelt und vervielfacht: Sachzwänge, Kunden- und Konkurrenzdruck.

Der Betriebsrat fordert den Abschluß einer Vereinbarung zur Gruppenarbeit. Der Inhalt aber ist umstritten. Die „Kritischen Gewerkschafter“ veröffentlichen dazu Kriterien im (ca. 6-wöchentlich erscheinenden) *Frischer-Wind-Info*:

— Durch Verlagerung indirekter Arbeiten in die Gruppe darf kein Personal reduziert werden. — Keine zusätzliche Leistungsintensivierung durch Ausfüllung von Wartezeiten. — Humane Anreicherung der Arbeitsinhalte statt dichtere Aneinanderreihung monotoner Arbeitsschritte. — Höherbewertung der Arbeit entsprechend vielfältigerer Anforderungen. — Ein Lohnsystem, das Ungleichbehandlungen und krankmachende olympische Leistungen nicht fördert. — Berücksichtigung von Leistungsgeminderten, ohne daß dies zu Nachteilen für Betroffene oder die Gruppe führt. — Qualifizierungsangebot für Alle. Quelle: *Frischer-Wind-Info* 41 — (bef)

## WWG '92: Repressionen gegen Kritik und Protest

Über 7000 Polizisten, eine weitgehend gesperrte Altstadt, Parkverbot an vielen großen Straßen, Scharfschützen auf den Dächern um die Residenz, Personenkontrollen schon an den Zufahrtswegen nach München — wenn sich von 6. bis 8. Juli die Staatschefs der sieben mächtigsten Nationen der Welt zum „Weltwirtschaftsgipfel“ (WWG) in München treffen, wird sich die bayerische Landeshauptstadt in einer Art Ausnahmezustand befinden. Die Münchner Öffentlichkeit sieht dem Ereignis daher eher skeptisch entgegen. Viele Zeitungen haben den BürgerInnen empfohlen, in der Zeit des WWG zu Hause zu bleiben oder sich zumindest von der Innenstadt fernzuhalten. Bayerns Sicherheitsbehörden tun sich denn auch schwer, die Einschränkungen für die Bevölkerung sowie den gigantischen Sicherheitsaufwand zu rechtfertigen.

Dabei hatten sie schon Ende September letzten Jahres begonnen, die notwendige Stimmung für das Großereignis zu erzeugen. Damals war zum ersten Mal von geplanten „massiven Störungen links-extremer Gruppen“ zu lesen, mit denen anlässlich des WWG zu rechnen sei. Auf Pressekonferenzen wurden in der Folgezeit immer wieder die Gespenster RAF, ETA oder IRA an die Wand gemalt. Auch „arabische Terrorkommandos“ und „kämpferproben“ libysche Söldner, die sich angeblich als Asylbewerber in München befänden, wurden ins Spiel gebracht.

Im Windschatten solcher Horrormeldungen wurde massiv gegen WWG-GegnerInnen vorgegangen. In München werde es „keine rechtsfreien Räume“ geben, hatte der bayerischen Innenminister Edmund Stoiber bereits im Januar verkündet. Was gemeint war, offenbarte sich in den Monaten darauf. Mit der Begründung, es könnten strafbare Handlungen begangen oder „verabredet“ werden, tauchten Polizisten auf Veranstaltungen WWG-kritischer Gruppen auf, um Rede- und Diskussionsbeiträge mitzuschneiden. Da die VeranstalterInnen dies als „Bespitzelung“ und „Einschüchterungsversuch“ ablehnten, verschafften sich die Sicherheitskräfte mehrmals mit Gewalt Einlaß.

Einen ersten Höhepunkt erreichte die Repression anlässlich der Veranstaltung „Gegen die HERRschende Weltordnung“ am 4. April im HAI. Nachdem eine Menschenmauer den Staatsschützern das Betreten des Saales unmöglich gemacht hatte, wurde dieser von Sonderkommandos gestürmt. Die Nachfolgeveranstaltung einen Monat darauf endete mit dem gleichen Ergebnis. Diesmal gab es auf Seiten der WWG-Gegner-

Innen auch Verletzte; dem Wirt wurde die Scheinwerferanlage zertrümmert. Als die TeilnehmerInnen dann jedoch zu einer geschlossenen Veranstaltung in die Fachhochschule umzogen, blieben sie unbehelligt. Auf die gleiche Art gelang es der Frauenkoordination, zwei Veranstaltungen ohne staatliche Überwachung durchzuführen. Auch mit Drohungen gegen die Pächter von Veranstaltungsräumen wurde von den Behörden offenbar versucht, WWG-kritische Veranstaltungen zu unterbinden. „Bei der letzten Veranstaltung der G7-Gegner wurde ich süffisant von Herren in Zivil gefragt, wie lange ich schon meine Konzession hätte“, erklärt Günther Knoll, der Betreiber des HAI. „Nachwerk“-Besitzer Wolfgang Nöth erzählt von Drohanrufen aus dem Kreisverwaltungsreferat. Selbstverständlich werden solche Methoden dort bestritten.

In Nürnberg bekamen WWG-GegnerInnen am vergangenen Freitag ebenfalls Probleme. Nachdem der Polizei der Zutritt zu einer Veranstaltung im KOMM verweigert wurde, stürmte diese unter Schlagstockeinsatz den Saal. Nach bewährter Methode begab sich ein Teil der TeilnehmerInnen zu einer geschlossenen Veranstaltung. Doch auch das „Desi“ wurde gestürmt — ohne Vorwarnung, wie ein Augenzeuge berichtet. Das Ergebnis: Sechs Festnahmen wegen „Landfriedensbruch“, drei TeilnehmerInnen wurden so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten.

Auch an den „heißen Tagen“ soll den Gipfel-GegnerInnen das Leben möglichst schwer gemacht werden. So muß derzeit sowohl um die Demonstrationsroute als auch um die Räumlichkeiten für den Gegenkongreß prozessiert werden. Nachdem der Rektor der Münchner Universität Wulf Steinmann die Räume zunächst zugesagt hatte, untersagte er kaum zwei Wochen vor der Großveranstaltung, zu der ReferentInnen aus aller Welt geladen sind, die Nutzung der Hörsäle. Die StudentInnenvertretung ist jedoch zuversichtlich: „Die Staatsregierung erteilt immer wieder Weisungen, Kongresse mit politischen Themen zu verhindern — die Verwaltungsgerichte haben aber bislang immer den Studenten recht gegeben.“

Und noch eine bayerische Besonderheit macht den GegnerInnen des WWG zu schaffen: Seit einigen Jahren gibt es die Möglichkeit, „potentielle Aufrührer“ festzunehmen, ohne daß sie irgendeine Straftat begangen hätten. 14 Tage lang können sie in „Unterbindungsgewahrsam“ festgehalten werden. Mit diesem Mittel, wird befürchtet, könnte die Polizei die gesamte Infrastruktur der Gegenaktionen lahmlegen. — (job)

## IG Medien befürchtet Aus- höhlung der Tarifautonomie

Stuttgart. Hinter der „sozial verbrämten“ Begründung für eine Öffnungsklausel, die nach dem Willen von Koalitionspolitikern (vorerst im Osten) die Bezahlung unter Tarif erlauben soll, steckt nach Meinung der IG Medien ein „weiterer Versuch, die Tarifautonomie auszuhöhlen“. Den von Wissmann (CDU-MdB) angekündigten Eingriff ins Betriebsverfassungsgesetz lehnt sie kompromisslos ab. Bei diesem Vorstoß gehe es keineswegs nur um in Not geratene Unternehmen in Ostdeutschland. „Das ist einfach ein trickreicher Vorwand, um dann eines Tages die gesamte Tariflandschaft aufzurollen.“ Leider erwähnt die Presseerklärung des IG-Medien-Hauptvorstandes nicht, daß die angekündigte Maßnahme ein Teil des von der Bundesregierung langfristig geplanten Deregulierungskonzepts ist. — (wik)

## Protest gegen Tagung der „Deutschen Liga“

Köln. Etwa 400 Personen demonstrierten am 16. Juni in der Kölner Innenstadt gegen eine provokative und rassistische Tagung der „Deutschen Liga“. Die Ratsfraktion dieser Partei hatte eine Veranstaltung mit belgischen Faschisten vom „Vlaams Block“ in einem Hotel angemeldet. Versuche des Hotels, die Veranstalter wieder loszuwerden, scheiterten vor Gericht. Als dann — unter dem Druck angekündigter Protestaktionen — auch der Polizeipräsident die Veranstaltung wegen ihres provokativen Charakters verbot, mußte die „Deutsche Liga“ ihre öffentliche Veranstaltung in eine nicht-öffentliche Beratung umwandeln. Dies konnte dann nicht mehr verhindert werden, wengleich der Zugang

zu der Veranstaltung durch Antifaschisten erheblich erschwert wurde. Versuche, eine Demonstration gegen die Tagung durch die Innenstadt durchzuführen, scheiterten an Knüppelinsätzen der Polizei, die mehrere Antifaschist/innen festnahm. — (rül)

## Gruppenobergrenze in Kitas soll gekappt werden

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel geht in seiner Regierungserklärung weit über die Festlegungen in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD hinaus. Er will die Landesrichtlinien für Bau und Betrieb von kommunalen Einrichtungen aussetzen. Dies heißt für den Kita-Bereich: Keine Gruppenobergrenze! Bisher sollen es in der Regel 25, aber höchstens 28 Kinder pro Gruppe sein, fällt die Beschränkung, wären beim momentanen Bedarf weit über 30 Kinder die Regel. So ließe sich das Recht auf einen Kindergartenplatz billig auf den Rücken der Kinder und Erzieherinnen einführen. SPD-Frau Wimmer dazu: „... wir fänden das auch nicht gut.“ — (unb)

## VGH Mannheim verpaßt Chance im Datenschutz

Freiburg. In einer Presseverlautbarung vom 3.6.1992 reagierte der Datenschutzexperte und frühere baden-württembergische grüne Politiker Dr. Thilo Weichert enttäuscht über das Urteil des VGH Mannheim zu einer von ihm eingereichten Klage. Weichert hatte vom Landeskriminalamt gefordert, die zu seiner Person gespeicherten Angaben offenzulegen und dann zu löschen. Weichert wurde aufgrund einer Vielzahl von politischen Aktionen im Rahmen der Ökologie- und Friedensbewegung poli-

zeilich registriert. Die meisten der daraufhin eingeleiteten Verfahren verliefen jedoch im Sande. Die Daten wurden ohne Weicherts Wissen bei Bewerbungen für den öffentlichen Dienst herangezogen. Damit wurde u.a. Weicherts Bestellung als brandenburgischer Datenschutzbeauftragter hintertrieben. In der Vorinstanz beim Verwaltungsgericht Freiburg hatte Thilo Weichert weitestgehend Recht bekommen: Die Polizei müsse vollständig Auskunft erteilen und die Daten vernichten, da diese zur polizeilichen Aufgabenerfüllung nicht mehr gebraucht würden. Zwar bestätigte der VGH den Auskunftsanspruch, wobei er sich auf das neue Polizeigesetz berief. Er meinte jedoch, daß ein Anspruch auf Löschung nicht begründet wäre. Zwar brauche die Polizei die Daten zur künftigen Strafverfolgung nicht mehr, sie habe aber dennoch ein begründetes Interesse an deren Aufbewahrung. Thilo Weichert will prüfen, ob der Gang vor das Bundesverwaltungs- oder Bundesverfassungsgericht in Frage kommt. — (ulb)

## Für Rehabilitation der Opfer des kalten Krieges

Hannover. Am ... 18.6.1992 ... demonstrierten Opfer des kalten Krieges aus Niedersachsen vor dem Landtag in Hannover für Akteneinsicht und Offenlegung der Verfassungsschutzakten. ... Vehement forderten sie die Auflösung des Verfassungsschutzamtes sowie die Rehabilitation aller Opfer des kalten Krieges in den alten Bundesländern, so auch in Niedersachsen. Die Vertreter der Landesregierung und auch des Landtages hatten es sehr eilig und stellten sich nicht der Diskussion ...

Pressemitteilung der Initiativgruppe zur Rehabilitation der Opfer des kalten Krieges, leicht gekürzt



## Protestdemonstration gegen DRK-Asyllager

Etwa 400 Menschen demonstrierten am 27. Juni in Castrop-Rauxel gegen die Bereitschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe des DRK, die Verwaltung des Flüchtlings-Sammelagers Vinkehof zu übernehmen. Sie verglichen die Bereitschaft des DRK mit seinem Verhalten während der Nazizeit, als das DRK offiziell „neutral“ war, in Wirklichkeit aber geholfen habe, die Verbrechen und das Kriegsgreuel zu ermöglichen. Nach dem Krieg habe das DRK durch „aktive Flüchtlingspolitik“ Hilfe für Nazi-Massenermörder geleistet. Kurden wiesen auf die Massaker der Türkei und des Irak hin. — (rül)

## Streik in feinkeramischer Industrie erfolgreich: 7,1 % Gesamterhöhung

München. Die über eine Woche andauernden Streiks in der feinkeramischen Industrie sind beendet. Am 22. Juni mußten die Arbeitgeber im Verband der feinkeramischen Industrie unter dem Druck der Streiks — 25000 Beschäftigte befanden sich vor allem in der Region Oberfranken im Ausstand, weitere 5000 streikten im Tarifgebiet Saarland bei Villeroy und Boch — ihr Angebot von ursprünglich 4,5 Prozent auf 7,1 Prozent erhöhen und dem Kompromißvorschlag der IG Chemie-Papier-Keramik zustimmen.

Nach vier ergebnislosen Verhandlungsrunden waren sowohl im Tarifbereich Bayern wie auch bei Villeroy und Boch, Saarland, nach 24-stündiger Dauer auch die Schlichtungsverhandlungen gescheitert. Die ursprüngliche Forderung der IG Chemie-Papier-Keramik betrug in Bayern 11,5 Prozent und im Saarland 11,9 Prozent. Mit diesen Forderungen sollte deutlich gemacht werden, daß nach Auslaufen der bisherigen dreijährigen Tarifverträge, die neben Arbeitszeitverkürzungen 1990 und 1991 lediglich 2 Prozent Lohn- und Gehaltszuwachs brachten, das Realeinkommen nicht weiter absinken darf.

In der Schlichtungsverhandlung senkte die IG Chemie ihre Forderung auf 7,5 Prozent (Auszubildende 100.- DM bzw. 110.- DM monatlich). Schließlich erklärte sie sich zu einem Abschuß bereit, der mit einem Stufenplan für die ersten

sechs Monate von 6,1 Prozent und für weitere sechs Monate von 6,9 Prozent einen Gesamtrahmen von 6,5 Prozent umfaßt. Der Arbeitgeberverband war nicht bereit, einer solchen Kompromißlösung zuzustimmen und schlug lediglich eine stufenweise Erhöhung vor, die nur einem Gesamtvolumen von 5,8 Prozent entsprachen hätte. Dies stieß bei den Arbeitnehmern des ehemaligen „Zonenrandgebietes“ mit sowieso schon extrem niedrigen Löhnen, deren Arbeit aber körperlich extreme Anforderungen (Hitze, Staub, schwere Lasten) stellte, auf geschlossenen Widerstand.

Am 15. Juni begann nach einer Urabstimmung (93,7 Prozent der IG-Chemie-Mitglieder im Tarifbereich Bayern und 93,9 Prozent im Betrieb Villeroy und Boch, Saarland, für den Streik) der erste Streik seit Kriegsende zur Durchsetzung folgender Forderungen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent; Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 110 DM (Bayern) bzw. 100 DM (Villeroy und Boch); Laufzeit des Tarifvertrages 12 Monate. Dafür traten nun in Bayern 25000 Beschäftigte in 60 Betrieben und 5000 Kolleginnen und Kollegen bei Villeroy und Boch in den unbefristeten Streik. „Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eines neuen Angebotes der Arbeitgeber wird nicht vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik in Hannover gefällt. Die Entscheidung wird auch

nicht von irgendeinem neutralen Schlichter getroffen. Entscheiden werden darüber in einer zweiten Urabstimmung die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Und genau so lange wird weiter gestreikt, da gibt es keine Wackelei“, erklärte Hans Terbrack vom Hauptvorstand der IG Chemie in Hannover.

Nun haben am 23. Juni nach über einer Woche Streik 56,8 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der feinkeramischen Industrie für die Annahme des mit den Arbeitgebern erzielten Tarifergebnisses gestimmt. Das Gesamtarifergebnis, das in seinem Gesamtvolumen eine Erhöhung von knapp über 7 Prozent ergibt, setzt sich für den Tarifbereich Bayern folgendermaßen zusammen:

— Für den Monat Mai 1992 erhalten die Arbeitnehmer einen Pauschalbetrag von 70.- DM, die Auszubildenden von 35.- DM

— Ab 1. Juni 1992 werden die Lohn- und Gehaltsätze vorweg um 7 Pfennig je Stunde angehoben, worauf dann anschließend eine Erhöhung um 6,5 Prozent erfolgt

— Die Ausbildungsvergütungen werden ab 1. Juni um einheitlich 75.- DM monatlich in allen Ausbildungsjahren erhöht.

— Die Laufzeit beträgt 12 Monate.

Quellen: Pressedienst der IG-Chemie-Papier-Keramik, verschiedene Tageszeitungen (ecg)





**Hannover.** An mehreren Samstagsständen sammelten die Grauen Panther in kurzer Zeit 1817 Protestunterschriften — gegen die schamlose Rentenanhhebung von nur 2,71 % — und überreichten diese am 9.6. dem SPD-Abgeordneten Gerd Andres mit der Aufforderung, weiterem sozialen Abbau entgegenzutreten. — (anr)

## Forderungen der IG Medien zur Sozial- und Tarifpolitik

**Stuttgart.** Der baden-württembergische Landesbezirkstag der IG Medien am 13./14.6. verabschiedete eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und einen Antrag gegen die Änderung des Artikels 16 GG. In den Anträgen zur Sozialpolitik fordern die Delegierten u.a. die Rücknahme der Verlängerung der Lebensarbeitszeit; Versicherungspflicht für Geringverdienende; einen medizinischen und sozialpolitischen Maßnahmenkatalog zum Schutz gegen die Folgen der Nachtarbeit; soziale Absicherung für künstlerisch und publizistisch tätige Freiberufler. Wichtige Anträge zur Tarifpolitik wurden beschlossen: Regelungen, die ein Ausdehnen der Nachtarbeit verhindern; Kündigungsschutz, Verdienstab-sicherung, Ausstiegsmöglichkeit aus der Schichtarbeit für ältere Beschäftigte sowie vorzeitiger Rentenbeginn für Schichtarbeiter (pro fünf Jahre Schichtarbeit ein Jahr früher Rente); Forderungen zur Maschinenbesetzung; Augenerholzeiten auch für Arbeit am Leuchttisch und Display-Schreibmaschinen; bezahlter Bildungsurlaub; verstärkte Anhebung der unteren Lohngruppen. — (ulr)

## Opel: Klage des Betriebsrates erfolgreich

**Bochum.** Das Arbeitsgericht Bochum hat einer Klage des Betriebsrates des Bochumer Opel-Werkes gegen die Verletzung von Mitbestimmungsrechten stattgegeben: Die Werksleitung hätte den Ausfall von drei Produktionsschichten am 27.5. nicht einseitig anordnen dürfen, im Wiederholungsfall muß Opel ein Ordnungsgeld von 20000 DM zahlen. — (ecg)

len. Damit ist der Versuch der Werksleitung, die Verweigerung von Überstunden durch den Betriebsrat mit einer Art Aussperrung zu ahnden, auch juristisch zurückgewiesen. Die ausgefallenen Schichten werden voll bezahlt, 100 Leute sollen neu eingestellt werden. Im Gegenzug stimmte der Betriebsrat drei bezahlten Sonderschichten zu. — (wof)

## Demonstration für Erhaltung der Maxhütte

**Sulzbach-Rosenberg.** 4000 Menschen haben nach Schätzungen der IG Metall am 27. Juni für die Erhaltung des Stahlwerks Neue Maxhütte bei Sulzbach-Rosenberg demonstriert. Sie fürchten, durch eine drohende Schließung des bayerischen Stahlwerks ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Redner bei der Protestkundgebung, unter ihnen der bayrische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser, forderten von der Bayerischen Staatsregierung entscheidende Schritte zur Rettung des bereits vor zwei Jahren erstmals in Konkurs gegangenen Hüttenunternehmens mit seinen heute 1850 Arbeitsplätzen. An der von den führenden deutschen Stahlkonzernen gegründeten Nachfolgegesellschaft Neue Maxhütte ist der Freistaat mit 45 Prozent beteiligt. Die Neue Maxhütte habe ihre Überlebensfähigkeit bewiesen, führte Betriebsratsvorsitzender Albert Vetter aus. Sie zähle heute zu den konkurrenz- und leistungsfähigsten Unternehmen der deutschen Stahlindustrie, obwohl die fünf beteiligten Stahlwerke ihre Abnahmeverpflichtung für 390000 Tonnen Stahl nicht eingehalten hätten. Mit Thyssen, Krupp, Klöckner und Saarstahl seien vier der Miteigentümer statt dessen jetzt angetreten, die Maxhütte zu liquidieren. — (ecg)

# Antifaschistische Konferenz NRW beschließt Aktionen zum 30. 1. 1993

**Köln.** „Solidarität gegen Rassismus und Faschismus“, so lautete das Motto der 15. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen, die am 20.6.1992 in Köln stattfand. Rund 200 Leute beteiligten sich, darunter nicht wenige, die sich auch an den letzten Landeskongressen beteiligten. Das entsprach den Erwartungen der Vorbereitungsstellen. Offensichtlich ist die antifaschistische Landeskongress NRW verhältnismäßig stabil — auch in Zeiten, in denen vielerorts ein Rückgang antifaschistischer Aktivitäten verzeichnet werden muß. Während auch der DGB Kreis Köln und die Jusos die Konferenz unterstützten, lehnte der Kölner Oberbürgermeister Burger (SPD) jede Form von Unterstützung ab. Die bemerkenswerte Begründung: Die „wirtschaftliche Bedeutung“ der Konferenz sei nicht groß genug.

Das Eröffnungsplenum begann mit einem Beitrag aus der VVN/BdA Köln, der sich mit der Stärkung faschistischer Kräfte bei den letzten Landtagswahlen auseinandersetzte. Er wandte sich dagegen, die Stimmen für DVU und REP als „Proteststimmen“ zu verharmlosen und wies darauf hin, daß die Sammlung faschistischer Kräfte an einer reaktionären Politik der Bundesregierung anknüpfen kann. Ein Vertreter des Rom e.V. bekräftigte in einem Grußwort die Forderung nach Bleiberecht für Roma, die angesichts drohender Abschiebungen besonders aktuell ist. Anschließend verabschiedete das Plenum bei nur wenigen Enthaltungen eine Grußadresse an die zeitgleich in Bonn stattfindende Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen“.

Die 13 Arbeitsgruppen, die den Hauptteil der Konferenz bildeten, waren in vier Blöcke gegliedert. Themen waren die Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts, Rassismus und Faschismus in Medien und Werbung, Antisemitismus, unterschiedliche Vorstellungen zu Strategie und Taktik des Antifaschismus, die Entwicklung des militanten Faschismus, die Verfassungsdiskussion (hier referierten ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter der KPD und ein Bundestagsabgeordneter der PDS), „Geschichtsbewältigung“ in der ehemaligen DDR (Referenten waren Mitglieder des Antifaschistischen Bundes und der PDS aus Leipzig) sowie die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes. Nach verschiedenen Berichten gab es lehrreiche und interessante Diskussionen.

Im Abschlußplenum berichteten meh-

re Arbeitsgruppen, außerdem befaßte es sich mit einigen Anträgen. Den Beschluß zu einer Demonstration zum 30.1.1993 dokumentieren wir im folgenden. Desweiteren ging es um die Unterstützung des Verbandes Europäischer Antifaschist/innen (EAFE), um Aktionen gegen die Verschärfung des Asylrechts, um einen „Appell an die Landesregierung: Roma nicht abschieben — Bleiberecht“ und um den Befreiungskampf in Kurdistan. In einem Brief an den Mannheimer Oberbürgermeister Widder (SPD) protestierte die Landeskongress gegen die Massenfestnahmen

von Antifaschisten bei Demonstrationen zur Verteidigung von Flüchtlingen. Die Arbeitsgruppe zur Verfassungsdiskussion will ihre Ergebnisse in einem Brief an das Kuratorium für eine neue Verfassung zusammenfassen.

Ein neuer sieben-köpfiger Koordinationsausschuß wurde gebildet, der wie bisher organisatorische Aufgaben wahrnehmen und nicht zuletzt die Vorbereitung der nächsten landesweiten Konferenz voraussichtlich im Mai nächsten Jahres einleiten soll. Die Ergebnisse der Konferenz werden wahrscheinlich als „Rundbrief“ veröffentlicht. — (wof)

## Beschluß: Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP am 30. 1. 93

Die 15. landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW begrüßt die Initiative antifaschistischer Widerstandskämpfer zu einer landesweiten Demonstration am 30.1.1993 in Düsseldorf und erklärt ihre Bereitschaft, an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration teilzunehmen. Anlaß ist der 60. Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten am 30.1.1933.

Angesprochen werden sollen alle die, die eine Entwicklung verhindern wollen, die in ein neues '33 münden kann. In der Vorbereitung und im Aufruf zur Demonstration soll auf wesentliche Inhalte eingegangen werden, die zum 30.1.33 führten:

- die Macht und den Einfluß der Großindustrie und des Finanzkapitals als Gefährdung der Demokratie,
- die Steigbügelhalterfunktion konservativer und reaktionärer Kräfte,
- die mangelnde Gegnerschaft und völlige Unterschätzung der faschistischen Bewegung,
- die Vorbereitung des geistigen Klimas durch konservative Ideologien, Produzenten und ein Geflecht von Verbänden und Vereinen, die dem Faschismus zuarbeiteten oder Hemmschwellen gegen ihn abbauten,
- die mangelnde Einigkeit der antifaschistischen Kräfte.

In der Aufarbeitung dieser Themen sind sowohl die Ähnlichkeiten, aber auch die Differenzen zu heute zu benennen.

Sowohl die Erfolge der faschistischen Wahlparteien der letzten Zeit, die steigende Militanz, als auch der darüberhinausgehende Rassismus und Nationalismus in der Bevölkerung und im Staatsapparat sollen thematisiert werden. Die Demonstration in Düsseldorf sollte in ihrer Route und in ihrer Gestaltung sowie der Redner/innen-Auswahl diesen inhaltlichen Kriterien Rechnung tragen. Dabei ist auch die treibende Rolle der NRW-Landesregierung im staatlichen Rassismus zu benennen.

Der von der Konferenz gewählte Koordinationsausschuß wird beauftragt, an öffentlich angekündigten Beratungen zur Vorbereitung der Demonstration mitzuwirken. Die Initiativen und Organisationen werden gebeten, durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit vor Ort die obengenannten Themen zu Schwerpunkten ihrer Arbeit zu machen, um durch örtliche Bündnisse die Demonstration zu unterstützen und zu einem sichtbaren Erfolg aller antifaschistischen Kräfte beizutragen.

Mit der Demonstration soll aus gegebenem Anlaß die antifaschistische Aufmerksamkeit nach außen und für jeden sichtbar demonstriert werden. Nach dieser Demonstration hat die antifaschistische Bewegung gerade ein Jahr Zeit, sich auf die verschiedensten aufeinanderfolgenden Wahlkämpfe vorzubereiten. Dafür kann diese Demonstration einen Ausgangspunkt bilden.

## Demonstration gegen Asylverfahrensgesetz

**Karlsruhe.** Am 20.6.1992 haben ca. 700 Leute gegen das neue Asylverfahrensgesetz, gegen Lager, Schnellverfahren und Abschiebungen demonstriert, wozu über 50 Flüchtlingsinitiativen, Antifa-Gruppen und andere Organisationen aufgerufen hatten. Die Demonstration führte zu den beiden Lagern in Karlsruhe, vor denen jeweils Kundgebungen durchgeführt wurden, bei denen alle Strömungen, die die Demonstration unterstützten, zu Wort kamen. Es sprachen zwei Flüchtlinge aus Jugoslawien und Kurdistan, der Vorsitzende des DGB Kreis Karlsruhe, der Vorsitzende des AK Asyl Baden-Württemberg, Vertreter des Flüchtlingsrats Karlsruhe, des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen, des Komitees gegen Bezirkssammelstellen Tübingen/Reutlingen, der Initiative Freie Flüchtlingsstadt Mannheim, des Mannheimer Hungerstreikkomitees, der Antifa Freiburg, der Bewohner der „Steffi“ Karlsruhe sowie Vertreter von amnesty international und von Pax Christi. Die Initiatoren der Demonstration „Für das Leben und die Freiheit der Politischen Gefangenen“ und der „Katholikentag von unten“ unterstützten die Demonstration mit Grußadressen. Mit der Demonstration wurde die landesweite Aktionswoche gegen das neue Asylverfahrensgesetz eröffnet, die in verschiedenen Städten zwischen dem 21.6 und 27.6.92 stattfand. Im folgenden Auszüge aus der

Eröffnungsrede des Flüchtlingsrats:

„... Sechs Jahre ist es her, seit wir im Dezember 1986, auch hier in Karlsruhe, landesweit gegen die herrschende Asylpolitik demonstriert haben. In diesen sechs Jahren hat eine rasante Entwicklung hin zur völligen Entrechtung und gesellschaftlichen Isolierung nicht nur der Flüchtlinge, sondern der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung stattgefunden. Mit mehreren monatelangen Kampagnen gegen die angebliche „Asylantenflut“, von den Innenministerien durch dauernde Verlautbarungen geschürt, wurde Rassismus in der Öffentlichkeit salonfähig gemacht. Der parlamentarische Widerstand gegen die reaktionäre Asylpolitik ist fast völlig zusammengebrochen. Wir sind deshalb froh, daß über 50 ganz verschiedene Gruppen zu dieser Demonstration aufgerufen haben und heute hierher gekommen sind. Wir wollen mit unserer Demonstration klarmachen, daß wir uneingeschränkt an der Gleichheit der Menschen festhalten und jede Entrechtung von Flüchtlingen und Ausländern bekämpfen, auch wenn sie in Gesetzesform gegossen wird.“

Wir sind uns aber auch der Gefahr bewußt, daß wir mit diesem Standpunkt in die gesellschaftliche Isolation getrieben werden, wenn es uns nicht gelingt, der Ausbreitung des Rassismus Schranken zu setzen. — (aus Kommunale Berichte Karlsruhe/bab; gekürzt)

## Bürgerbefragung zur Expo 2000: 51,5 % dafür — 48,5 % dagegen

**Hannover.** Bei einer Beteiligung von 61,6 % — ähnlich hoch wie bei den Kommunalwahlen im Oktober 91 — haben sich 51,5 % (gleich 133 489 Stimmen) der an der Bürgerbefragung beteiligten Einwohner Hannovers für die Durchführung der Expo im Jahre 2000 in Hannover ausgesprochen.

Der große Block der Expo-Betreiber, von SPD, CDU, FDP, der Stadtverwaltung, den Kapitalistenverbänden, den Haus- und Grundstückseignern, den Banken und Sparkassen bis hin zu den niedersächsischen Konzernen, hatte dafür unter Einsatz großer Geldmittel in allen Medien wochenlang mobilisiert. Um so ärgerlicher bei dieser knappen Zustimmung mit einer Mehrheit von 7762 Stimmen ist, daß der DGB-Hannover in Kenntnis der sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen und bei Ablehnung einiger Einzelgewerkschaften, sich kritik- und bedingungslos den Expo-Betreibern hergegeben hat und daß auch der Mieterbund, in Kenntnis der Miet- und Wohnungssituation in Hannover, seinen Mitgliedern ein „Ja zur Expo“ empfahl.

Gegen die Expo mobilisierten die Grün-Alternative Bürgerliste (GABL), das Bündnis gegen die Expo, Umweltverbände sowie Jugendorganisationen und die Linke Liste Hannover, denen es glückte, der Stadt Hannover ganze 20000 DM für ihre Öffentlichkeitsarbeit gegen die Expo abzurufen. Trotz dieses

ungleichen Szenariums fiel das Abstimmungsergebnis knapp aus. Die 48,5 % (gleich 125 727 Stimmen), die gegen die Expo abgegeben wurden, sind eine gewichtige Stellungnahme für die weitere Politik gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Profitinteressen, ökologischen Raubbau und Metropolenbildung. Die „Gewinner“ im Stadtrat, allen voran die SPD, können nicht recht glücklich sein. Viele ihrer Wähler sind ihren Verheißungen, daß mit der Expo nicht nur internationales Flair und Kultur, sondern auch Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und Wohlstand kämen, nicht gefolgt.

Die Auffassung, daß zukünftig in Hannover die kommunalen Leistungen schlechter und teurer werden, daß die Mieten weiter anziehen, daß die soziale Verelendung weiter zunimmt, ist weit verbreitet. Oberbürgermeister Schmalstieg und Ministerpräsident Schröder (beide SPD) ließen dann auch gleich vermelden, daß, wenn der Bund jetzt nicht zur Finanzierung der Expo beitrage (50 % Bund, 40 % Land, 10 % Stadt), es die Expo trotz Bürgerzustimmung nicht geben werde. Aber selbst dann werden die Bewohner Hannovers für diese Entscheidung zu zahlen haben, neben den jetzt bereits beschlossenen bzw. angekündigten Erhöhungen. Nach dem Sommer werden weitere, Ende März mit dem Stadthaushalt 92 beschlossene Erhöhungen (u.a. für die Kitas, die Volkshochschule, die Büchereien, etc.) in

Kraft treten, wobei noch nicht ausgemacht ist, ob das für dieses Jahr alles ist. Die Bezirksregierung hat den Haushalt noch nicht genehmigt und spricht von „notwendigen Kürzungen“ in Höhe von 30 Mill. DM. Die Stadtverwaltung hat bereits jetzt für den Haushalt in 1993 eine Deckungslücke von 100 Mill. DM ausgemacht, die mit weiteren massiven Eingriffen in kommunale Leistungen sowie mit umfangreichen Gebührenerhöhungen ausgeglichen werden soll.

Die Ratskoalition von SPD und GABL soll, nach Beschluß der GABL-Vollversammlung vom 13.6., fortgesetzt werden, um ein „anderfalls entstehendes Bündnis Schwarz/Rot“ zu verhindern. Das aber kann nur aufgehen, wenn eine andere Politik gemacht wird, wenn weitere drastische Verschlechterungen und Verteuerungen kommunaler Leistungen verhindert werden können. Die Koalitionsvereinbarung, wonach es nach der einmaligen Anhebung der Gewerbesteuer „keine weiteren Veränderungen der Steuersätze in den nächsten fünf Jahren geben“ werde, und Gebührenerhöhungen, Privatisierung und Personalabbau vereinbart sind, eröffnet aber keine andere Perspektive. Die im Rat mit 32 von 65 Mandaten vertretenen CDU, FDP, Republikaner, ÖDP und WfH (Wir für Hannover) haben derzeit nichts zu befürchten. Die CDU orientiert auf die Kommunalwahlen 1996. Sie will beides, den Sieg und die Expo. — (gec)

## Kurz berichtet

Weitere Zehntausende  
werden entlassen

Der 30. Juni ist der Stichtag für weitere Massenentlassungen im Osten. Nachdem bereits Ende vergangenen Jahres die Kurzarbeiterregelung ausgelaufen war, entfällt jetzt die Regelung, nach der die Bundesanstalt für Arbeit 50 % der Krankenkassenbeiträge übernommen hat. Für 11 800 Betriebe, in denen knapp eine halbe Million Kurzarbeiter beschäftigt sind, steigen damit die Personalkosten. Betroffen sind vor allem Betriebe, die als Arbeitsbeschäftigungs-Gesellschaften von einem festen subventionierten Budget abhängen und die über keinerlei Reserven verfügen. Außerdem endet in den ABS-Gesellschaften zum 30. 6. die Möglichkeit zur Kurzarbeit. Folge: Etwa 10 000 Beschäftigte, die bisher auf „Kurzarbeit null“ gesetzt waren, werden entlassen. Angesichts der deprimierenden Lage haben ostdeutsche Betriebsräte für den 30. 6. zu einer Protestaktion vor der Treuhand-Zentrale aufgerufen. Zu ihren Hauptforderungen gehört ein sofortiger Entlassungsstopp. Quelle: *Neues Deutschland*, 29. 6. — (scc)

Tarifergebnisse im  
öffentlichen Dienst Ost

Ab Juli 1993 steigen die Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Anschlussgebiets auf 80 % vergleichbarer West-Einkommen. In einem Stufenplan werden sie ab Mai 1992 auf 70 % und ab Dezember 1992 auf 74 % angehoben. Darüber hinaus wurden Vereinbarungen zur sozialen Absicherung von öffentlich Bediensteten getroffen, die durch Umstrukturierungsmaßnahmen arbeitslos werden. Gegen die schleppende Einkommensanpassung traten mehrere tausend Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVB) im Ostteil Berlins in einen spontanen Streik. Sie verlangten 80 % bereits zum 1. Mai 1992, wie ihnen versprochen worden war. Auf die Ankündigung Berlins, die 80 % ab Oktober 1992 zu zahlen, droht die TdL mit Ausschluss aus der Tarifgemeinschaft. — (kar)

2 000 demonstrierten  
gegen § 218

Berlin. Nur 2 000 kamen zur bundesweiten § 218-Demonstration am 20. Juni in Berlin, die unter dem Motto stattfand: „Keine Kriminalisierung. Keine Zwangsberatung. Keine Entmündigung.“ Die veranstaltenden Gruppierungen, u. a. der frauenpolitische Runde Tisch Berlins und der DGB, wandten sich auch gegen den von SPD, FDP und Teilen der CDU eingebrachten Antrag, den sie als „Kriminalisierung und Entmündigung von Frauen“ werteten. Gefordert wurden u. a. kostenlose Verhütungsmittel. — (scc)



In den neuen Bundesländern erhob sich ein Proteststurm gegen den Plan der FDP-Bundesbauministerin Adam-Schwaetzer, die Mieten um 2,50 DM bis 2,80 DM/qm zu erhöhen (Bild: Protestmahnwache von Potsdamer Bürgern vor dem Bundeskanzleramt). Dies hätte bedeutet, daß die Warmmiete für eine 70 qm große Neubauwohnung auf 850 bis 900 DM angestiegen wäre — für Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, aber auch für Menschen, die einen Lohn beziehen, der ca. die Hälfte des vergleichbaren Lohns in den alten Bundesländern beträgt, unbezahlbar. Aber auch der „Kompromiß“, mit dem die Verantwortlichen den Massenprotest befrieden wollen, ist kaum besser: Zum 1. 1. 93 sollen demnach die Mieten um bis zu 2,10 DM angehoben werden; je nach dem Zustand der Wohnung wird der Erhöhungsbetrag leicht gemindert. Laut Schwaetzer soll die Erhöhung durch Wohngeldaufbesserungen abgefedert werden; aber die Mieterhöhungen werden den ostdeutschen Mietern jährlich mehrere Milliarden aus der Tasche ziehen, die Wohngelderhöhung dagegen wird sich auf lediglich 470 Mio. DM belaufen. „Nicht die enteigneten DDR-Bürger, sondern die Einkommensgewinnler müssen Wohnungen und Arbeitsplätze finanzieren“, hieß es auf Transparenten in Magdeburg, wo die Bundesbauministerin mit den Bauministern der fünf neuen Bundesländer den faulen Kompromiß aushandelte. — (scc)

HBV Thüringen gegen Tarif-  
bruchpläne der Regierung

Die Landeskonferenz Thüringen der Gewerkschaft HBV hat gegen die Pläne der Bundesregierung, den Kapitalisten in den Ost-Bundesländern den Bruch geltender Tarifverträge zu ermöglichen, protestiert. In der Erklärung heißt es: „Der geplante Eingriff der Bundesregierung in die Tarifautonomie im Osten Deutschlands wird entschieden zurückgewiesen. Wir sehen hierin einen weiteren Versuch, bestehende Rechte im Osten Deutschlands zu beschneiden... Wir fordern die Bundesregierung auf, mehr Augenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung im Osten zu legen. Einzelschritte dazu wären in folgenden Punkten zu sehen: 1. Der Sanierung von Unternehmen statt der Ruinierung, 2. Der Erlassung von Altschulden, 3. Daß endlich das wichtigste Investitionshemmnis der Rückgabe vor Entschädigung in Entschädigung ohne Rückgabe verändert wird... Unsere Aufforderung an die Bundesregierung ist, daß sie die Entwicklung von Wirtschaftskonzepten auf die Tagesordnung setzen soll und sich nicht Eingriffe in gewerkschaftliche Rechte anmaßt...“ — (rüt)

StuPa-Wahlen:  
Rechte festigt sich

Berlin. Bei erneut geringerer Wahlbeteiligung (1,4 % weniger) von 20,4 % gab es Einbußen für linke Gruppen und Stimmengewinne für rechte Gruppierungen. Die Listenverbindung Linke Liste erhält nur noch neun Sitze (minus fünf). Fachbereichsinitiativen und linke Gruppen behielten aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Studentenparlament.

Am rechten Rand bewegt sich aber einiges: Der RCDS gewinnt einen Sitz dazu (jetzt acht). Der RCDS am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften errang 444 Stimmen, damit mehr als die dortige Fachschaftsinitiative (426).

Einen Sitz konnte nun auch „Kolibri“ erringen — erzkonservative Burschenschaftler. Hier scheinen sich nun auch offen faschistische Kräfte zu sammeln. Die in Listenverbindung kandidierenden „Unabhängigen Unpolitischen“ stellten Andreas Neumann auf, der zur BVV-Wahl für „Die Nationalen“ kandidiert hatte. Diese faschistische Sammlungspartei reicht bis zu Kräften, die sich offen zur NSDAP bekennen. Weitere fünf Sitze haben obskure Listen („Neue Mensa Nord“, „Cleverer Radler“ u. a.) erhalten, die von den Fachschaftsinitiativen als rechte Tarmlisten betrachtet werden. Verschiedene Listen wendeten sich z. B. gegen die besetzten Häuser in der Marchstraße. Sie forderten auf dem Gelände, das wahrheitswidrig als TU-Eigentum bezeichnet wurde, die Errichtung einer zweiten Mensa und eines Schwimmbades. Sie richteten sich damit auch gegen Planungen von Besetzern, Architektur-Studenten und ASTA, ein Studentenwohnheim zu projektieren. — (ard)

Diestel, der kommende  
Mann im Osten!?

Die Osis sind die Gelackmeierten. Die Treuhand hat ihr „Vermögen“, das 900 Milliarden DM betragen haben soll, zum größten Teil verschleudert. Der Erlös liegt wohl bei 20 Milliarden. Einiges davon geht nicht zu verkaufen. Es melden sich die alten Besitzer.

Die Kaufhausketten haben unmittelbar nach der Wende die Ostwaren ausgegrenzt, weil die angeblich niemand mehr kaufen wollte. Der Handel mit Osteuropa mußte nach der Umstellung auf die DM zusammenbrechen, das war jedem denkenden Menschen klar.

Zwischen den beiden deutschen Staaten wurde ein Vertrag ausgehandelt, den jetzt Herr Krause als Verkehrsminister im Bundeskabinett einklagt. Die anderen Vertreter aus den neuen Bundesländern sind auch nicht von Papppe. Sie sehen jeden Tag, wieviel der Westen an barem Geld in den Osten pumpen muß. Wer wieviel aus dem Osten abgeholt hat, steht dort nicht zur Debatte.

Die neuen Politiker im Osten haben offensichtlich am schnellsten begriffen, daß der eigene Vorteil in der Politik nicht ganz unwichtig ist.

Herr Willibald Böck aus Erfurt hatte schon mit dem Staatsanwalt zu tun. Aber alles halb so schlimm, es kann ja nichts bewiesen werden. Honecker und sein Politbüro waren korrupt. Jetzt sind Politiker an der Macht, die sind die Ehrlichkeit in Person.

Die Arbeitslosigkeit im Osten steigt weiter, die Mieten, die Preise und die Inflation auch. Es bräut sich ein gefährliches Gemisch zusammen, das in absehbarer Zeit zu Explosionen führen kann.

Die gelernten Osis in der Politik sind auf der Woge der Ignoranz und Dummheit von Honecker und Co. zu Ehren gekommen. Solange das Lied gesungen werden konnte: „Das liegt alles an meinen Vorgängern“, war es einfach. Jetzt zieht die Nummer nicht mehr.

Es hat den Anschein, daß es ersetzt werden soll durch: „Es liegt alles an Bonn und an der Treuhand.“ Da ist ja sicher auch vieles Richtige dran. Aber es ist auch nicht zu übersehen, daß die —

wie es hieß — Laienschauspieler aus der Volkskammer, bis auf wenige Ausnahmen, den Anforderungen einer echten Interessenvertretung der Osis real nicht entsprechen und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht entsprechen werden. Das wissen die Wessis auch.

Andere sind aber nicht da. Hier beginnt in Bonn jetzt wahrscheinlich das dumpe Gefühl, in die politischen Schlaglöcher zu geraten. Ein großes Schlagloch wäre allerdings, wenn die Osis tatsächlich auf die Idee kämen, ihre fähigsten Leute zu bewegen, ihre Interessen wahrzunehmen. Die brauchen vor allem Sachverstand und einen Schuß Selbstbewußtsein, um etwas zu machen, was wirklich den Interessen der Mehrheit entspricht. In einer politischen Bewegung, die sich mit den Interessen der Osis befassen will, ist mit politischen Schlagworten wie Demokratie und Marktwirtschaft allein nichts mehr zu holen. Die Demokratie hat sich für die Osis als eine neue Form der Bevormundung herausgestellt, und als Teilnehmern an der Marktwirtschaft fehlt ihnen das nötige Kleingeld.

Eine politische Vertretung der Osis müßte aber, wenn sie kein sinnloses Feuerchen bleiben soll, umgehend die Frage nach der Gerechtigkeit beim Umgang mit dem Volkseigentum stellen. Die Frage, durch politischen Druck allein mehr Geld aus Bonn zu erhalten, kann nur dann überhaupt Erfolg haben, wenn sie nicht aus der Sicht der Bittsteller, sondern aus der Sicht erbrachter Leistungen gestellt wird.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit der untergegangenen DDR und ihrer inneren und äußeren Verhältnisse wäre ein nächster Punkt. Herr Krause müßte sich dann beispielsweise die Frage gefallen lassen, wie er denn den von den Osis erteilten Auftrag im Einigungsvertrag erfüllt hat. Das hätte sicher auch zur Folge, über die rechtliche Relevanz politischer Fehler mal aus dieser Richtung nachzudenken. Des Kanzlers Liebling könnte auf diese Weise, schneller als es ihm lieb wäre, von der Karriereleiter fal-

len. In einer wirklichen Osisvertretung wäre sicher für ihn und einige andere, die die kostenlose Übergabe organisieren haben, eine Fahrkarte in den Zug der Zukunft nur mit erheblichen neuen Weidemanns zu erhalten. Mit einer solchen Frage könnte sich z. B. das „Komitee für Gerechtigkeit“ befassen, das richtigerweise gegründet werden soll.

Das Komitee müßte die komplizierte Frage beantworten, ob es die Osis überhaupt noch gibt, oder ob die Osis inzwischen in die verschiedensten sozialen Gruppen, gemessen an den Eigentumsverhältnissen, auseinanderfallen, von denen ein Teil schon zu den Wessis gehört?

Zu fragen wäre auch, worin denn das Ziel einer Interessenvertretung der Osis bestehen soll und ob die Durchsetzung der Interessen der Osis nicht zum Nachteil der Wessis wäre oder werden könnte. Fragen über Fragen! Bei allen Fragen scheint eines festzustehen: So wie es jetzt ist, geht es nicht weiter. Die Probleme in Deutschland sind nicht in Konfrontation, sondern nur in Kooperation lösbar. Diese Einsicht hat aber auch ihre Tücken.

Im HO-Kaufhaus hat es sicher noch die Möglichkeit der Verkäuferin gegeben, dem Direktor zu sagen, was anders sein sollte. Da bestand für den Direktor das Problem darin, daß er an der Schwelle zu seinem Chef steckenblieb. Heute wird die Kooperation zwischen Direktor und Verkäuferin wohl mehr ein Fall für's Märchenbuch.

Kanzler Kohl hat gesagt, es werde keinen schlechter gehen. Das war sicher falsch. Aber wenn es für die Masse der Osis nicht noch wesentlich schlechter werden soll, sind sie gut beraten, sich um ihre eigene Haut selbst zu kümmern. Von denen, die jetzt offiziell die Osis in Bonn vertreten, ist nicht zu erwarten, daß sie zu eigenem Nachteil den Vorteil für die Mehrheit suchen. Hätten die Menschen diese Eigenschaft nicht, könnte die Situation heute ganz anders sein.

Diestel und einige andere sind da sicher eine Ausnahme, oder sie haben sich so weit aus dem Fenster gehängt, daß eine Rückkehr aus eigener Kraft nur noch bedingt ohne fremde Hilfe möglich ist. Wie es auch immer sei, einen Diestel zu unterstützen, ist immerhin besser, als gar nichts zu tun. — (W. T.)

Dresden will alle  
Polikliniken zerschlagen

Wie die betroffenen Beschäftigten am 11. Mai aus der Presse erfahren durften, hat die Stadt Dresden die Schließung der 13 Polikliniken, die sich noch in kommunaler Trägerschaft befinden, beschlossen. „Von den derzeit 633 Stellen im ambulanten Bereich werden wir 470 abbauen“, erklärte der Amtsleiter für Krankenhäuser, Dr. Stephan Kunze. Die Kündigungen sollten zum 30. 6. erfolgen. Nur 58 Ärzte werde die Stadt als Angestellte behalten.

Die Taktik schnell-brutaler Einschnitte, mit der — einem sozialen Blitzkrieg ähnlich — alle sich formierenden Widerstandslinien zerschritten werden sollen, läßt wenig Zeit zum Ausfeilen von Begründungen. Zuerst behauptete Kunze, die Empfehlung für die Schließungen seien vom Regierungspräsidium gekommen. Dessen Pressesprecherin dementierte. Dann hieß es, der Stadthaushalt werde durch die Kliniken mit 80 Mio. DM jährlich belastet. Aber die Stadt hat ihre Prüfung zur Wirtschaftlichkeit der Polikliniken noch nicht abgeschlossen, und die Vertreter mehrerer Polikliniken wiesen darauf hin, daß sie nicht nur kostendeckend arbeiteten, sondern Mittel an die Stadt abführten.

Die eigentlichen Gründe dürften tiefer liegen. Die bloße Existenz von ambulanten Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft macht die dortigen Versorgungsstandards zu einem Gegenstand öffentlicher Diskussion. Senkungen dieses Standards sind dauernd umstritten und müssen gerechtfertigt werden — ganz im Gegensatz zum westdeutschen System niedergelassener Ärzte, in dem niemand verantwortlich ist.

Der Zeitpunkt der „Abwicklung“ wiederum ist durch den Einigungsvertrag diktiert: Danach ist „die ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung... zulässig, wenn... die bisherige Beschäftigungsstelle ersatzlos aufgelöst

wird...“ Diese Regelung tritt am 3. 10. 1992 außer Kraft, d. h. bis dahin müssen die Kündigungen erfolgt sein.

Unter den Gekündigten befinden sich 146 Ärzte und 324 Angestellte, Schwestern und Therapeuten. Bezogen auf die Beschäftigtenzahlen in den Dresdner Polikliniken im Jahre 1990 (880 Ärzte, 1952 sonstige medizinische Beschäftigte) bedeutet dies die Kündigung von jeweils 16,6 % der ehemals ambulant tätigen Ärzte und sonstigen Beschäftigten. 80 % der Poliklinikärzte hätten sich seit 1990 niedergelassen, sagt Dr. Kunze. Von den jetzt noch in den Polikliniken beschäftigten Ärzten dürften die meisten keine Möglichkeit mehr zur Niederlassung haben (1990 waren 28,8 % über 50 Jahre, also bereits nicht mehr „bankkreditwürdig“). So werden die Kündigungen eine drastische Absenkung der Arztdichte in Dresden zur Folge haben. Genauer: Legt man die 1990er Versorgungsdichte von 16,9 Ärzten pro 10 000 Einwohnern zugrunde, so werden auf einen Schlag 86 000 Einwohner — vor allem in den Neubaugebieten — der ambulanten Versorgung beraubt — bzw. in diesem Umfang wird Platz geschaffen für zuwandernde Westärzte.

Vage versprach Kunze „Anhörungen der Betroffenen“ im Sinne „einer sozialen Verträglichkeit“. Doch Personalamtsleiter Harald Scheffel stellte kurz darauf klar, daß für einen Sozialplan kein Geld da sei. So kommen die Kündigungen auch für die meisten Beschäftigten einer persönlichen Katastrophe gleich. Der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für Suizid-Prävention, Felber, sah sich zu dem Hinweis veranlaßt, daß ältere Ärzte in Ostdeutschland eine besonders selbstmordgefährdete Gruppe darstellten; kein anderer Berufsstand werde so unerbitlich in die Selbständigkeit entlassen.

Ob es noch gelingt, die Schließung einiger Polikliniken über den 3. 10. hin-

aus aufzuhalten, bleibt abzuwarten. Energisch, lautstark und kämpferisch stieg die ÖTV unter ihrem Stuttgarter Import-Geschäftsführer Anschütz in den Ring und forderte dringend — einen Sozialplan und eine Abfindungsregelung... Zudem konnte es die ÖTV nicht lassen, noch vom Gebot „Qualifizierung vor Entlassung“ zu sprechen — ein kleiner artiger Diener vor der Kolonialherrenkarte. („Was sollen wir uns qualifizieren? Wir haben sehr viel Arbeit in unserer Poliklinik“, erklärte dazu ein Arzt aus Dresden-Friedrichsfelde.)

Am 20. 5. fand eine erste Protestdemonstration mit rund 600 Teilnehmern statt. Bereits zwei Tage zuvor hatte die Stadt bei Verhandlungen mit Poliklinikvertretern von ihrem ursprünglichen Zeitplan Abstand nehmen müssen. Danach soll es zum 30. Juni „keine pauschalen Kündigungen“ geben, und ein „Runder Tisch Polikliniken“ aus Stadt, Kassenärztlicher Vereinigung, Landesärztekammer und Verwaltungsleitern der Kliniken wurde zwecks Prüfung der Wirtschaftlichkeit jeder einzelnen Poliklinik und weiterer Diskussion über ihre Zukunft gebildet. Erste Ergebnisse wurden verlautbart: 1. vier Polikliniken schrieben nachweislich schwarze Zahlen; 2. über 50-jährigen Ärzten solle angeboten werden, Poliklinikräume für 8 DM/qm mieten zu können (ein zweifelhaftes Entgegenkommen, da die Räume wie z. B. Wartezimmer, für Einzelpatienten weit überdimensioniert sind).

Mittlerweile erhielt die Stadt jedoch Rückendeckung vom Land: Der sächsische Sozialminister Geisler äußerte „Verständnis“ für die Kommunen, die nicht mehr bereit seien, unwirtschaftliche Polikliniken länger als unbedingt nötig weiterzuführen; die Städte seien jedoch verpflichtet, deren Unwirtschaftlichkeit nachzuweisen. Auch müsse man dafür sorgen, daß vorhandene Geräte weiter genutzt würden.

Quellen: *Sächsische Zeitung*, 11. 5. 19. 5. 22. 5., 27. 5.; *Zur Entwicklung der ambulanten medizinischen Versorgung in der Region Dresden*, Westberlin, Januar 1991. Aus: *Informationsdienst Gesundheitspolitik* 13/92 — (wjw)



Mit ca. 9 Millionen Mitgliedern, ihren Strukturen, Organisationen und Aktionen stellen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik die stärkste politische Kraft außerhalb etablierter Parteien dar, ohne sich als deren Alternative zu verstehen.

Das relativ breite soziale Netz in der Bundesrepublik entstand unter wesentlicher Mitwirkung der Gewerkschaften. Ziele in den Arbeitskämpfen waren und sind

- mehr Lohn,
- weniger Arbeitszeit,
- mehr soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer.

Voraussetzung dafür ist nationaler Wohlstand und Wachstum. Interessensgegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den entwickelten Industriestaaten haben begonnen, sich in dieser Frage aufzulösen. Sie bekommen eine globale Dimension. Gewerkschaften in der Bundesrepublik umgehen dieses Thema in der öffentlichen Diskussion.

Während das Kapital schon längst die Grenzen der Länder und Kontinente überschritten hat, haben die Gewerkschaften noch keine funktionierenden Formen internationaler Zusammenarbeit gefunden.

Neben traditionellen nationalen Unterschieden in den Gewerkschaftsbewegungen, -aufgaben oder -strukturen erweisen sich auch hier u. a. die globalen Interessensgegensätze als gegenwärtig kaum zu überwindendes Hindernis.

Der Prozeß deutsche Einheit hat auch die Gewerkschaften überfordert. Wie über viele Jahre unter Normalbedingungen gewohnt, vertrauten sie der „urwüchsigen“ Kraft der Investoren bei der wirtschaftlichen Umgestaltung, um die sozialen Bedingungen werde man sich dann schon kümmern. Viel zu spät beteiligten sich die Gewerkschaften an der öffentlichen Debatte gegen den Treuhandauftrag. Heutige Aktivitäten bleiben bestenfalls Linderung, mehr jedoch nicht.

Ohne den Versuch einer kritischen und vorurteilsfreien Analyse der Arbeit der Gewerkschaften in der ehemaligen DDR wurden die Alt-BRD-Strukturen den neuen Bundesländern übergestülpt. Zum Beispiel bleibt es bis heute ein Rätsel, warum der etablierte Platz der Gewerkschaften in den Betrieben der DDR kampfflos aufgegeben wurde.

Es ist ein wesentliches Verdienst der Gewerkschaften, daß sich Belegschaften organisiert für die Belange ihrer Mitglieder einsetzen, daß Betroffene in Privatisierungs- und Stilllegungsprozessen sozial begleitet werden.

Gewerkschaften als enge Partner der Betriebsräte fordern immer wieder maximale Beschäftigungszahlen als Bedingung für die Zuschlagerteilung im Rahmen der Privatisierung. Häufig fehlt jedoch die fachliche Kompetenz zur Bewertung der Übernahmeoptionen.

# Der Austritt ist nun wirklich kein Weg

Einige (kritische) Anmerkungen zu Gewerkschaften in den neuen Bundesländern

Das verstärkt das Gefühl des Ausgeliefertseins bei den Belegschaften.

Nach erfolgter Privatisierung bleiben Gewerkschaften häufig außen vor.

Die Gewerkschaften wirken vornehmlich innerhalb der Arbeiter und Angestellten im Erwerbsprozeß. Mitgliedschaft in der Gewerkschaft hat in den alten und auch neuen Bundesländern traditionelle Wurzeln, die der Erfahrung erfolgreicher organisierter Auseinandersetzung mit Unternehmern entsprechen.

Dennoch gibt es beträchtlichen Mitgliederschwund in Ost- und Westdeutschland. Ursachen dafür finden sich neben zunehmendem Vertrauensverlust, sinkender Glaubwürdigkeit, wachsender Diskriminierung von Gewerkschaftsmitgliedern und Angst vor Arbeitsplatzverlust u. a. auch darin, daß die Präsenz der Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern zu wenig zu spüren ist.

Gewerkschaftsmitglieder z. B. in Sachsen klagen darüber, von den Gewerkschaften außerhalb der Medien viel zu wenig zu spüren. In den Betrieben herrsche unter der Belegschaft häufig Unkenntnis über oder auch Desinteresse an gewerkschaftlicher Aktivität des Arbeitsnachbars.

Die gewerkschaftlichen Strukturen, besonders in den hauptamtlichen Bereichen, sind kaum von innen heraus reformfähig. Machtkämpfe und Bürokratismus, Männerdominanz und Korruption und tiefe Verstrickung in die wirtschaftlichen und politischen Machtmechanismen der BRD erhöhen den Grad der Eigenbeschäftigung der Funktionäre.

Kritische Auseinandersetzungen von außen werden in der Regel an Details geführt. Gewerkschaften gelten als „unberührbar“. So dominieren Stagnation und Kleinkrämerei.

Im Verhältnis zu den brennenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen in den neuen Bundesländern sind die Aktionen der Gewerkschaften für deren Lösung geradezu bescheiden, verglichen mit ihren eigentlichen Möglichkeiten. Wirksamkeit wird in der Regel nicht über Betriebsgrenzen hinaus erreicht. Eine Solidarisierung innerhalb oder gar außerhalb von Branchen gelang bisher kaum. Demonstrationen mit ca. 2000 Teilnehmern sind eher „Speakers Corner“ als wirksamen Protestbewegungen vergleichbar. Hier zeigt sich Unvermögen in organisatorischer Hinsicht ebenso wie offensichtliches Lavieren zwischen unterschiedlichen Interessen der Mitglieder West und Ost. Bei dieser Gratwanderung haben sich die Gewerkschaften

ten auf die Seite der Stärkeren gestellt.

Wenngleich aktuelle politische Forderungen, wie z. B.

- Gleichstellungsfragen,
- Ausländerpolitik,

— § 218

u. a. mit jenen der PDS nicht deckungsgleich sind, gehen sie in der Regel über den augenblicklichen Level hinaus. Sie können teilweise von uns kritisch-positiv mitgetragen werden und bieten vor allem Ansatzpunkte für gemeinsame Diskussionen, möglicherweise auch Aktionen.

Trotz permanenter Beteuerung der Parteienunabhängigkeit streben sowohl die Gewerkschaften als auch die etablierten Parteien untereinander (in der Regel intern) feste Verbindungen an. Dem historisch traditionellen Miteinander der Gewerkschaften und der SPD ist heute ein bereits traditionelles mit der CDU gefolgt.

Wer Wählerstimmen braucht, muß sich mit den Gewerkschaften liieren, ebenso erhoffen sich die Gewerkschaften mehr politischen Einfluß über die großen Parteien. Das stellt die Basis für vielfältige Seilschaftsbeziehungen dar. Parteienunabhängigkeit ist real nicht vorhanden. Eine politische Ausrichtung ist in den verschiedenen Gewerkschaften der Bundesrepublik sehr unterschiedlich.

Sowohl bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder (besonders Arbeitern) als auch in den Führungen der Gewerkschaften existiert totale Ablehnung ge-

genüber der PDS. Diese Ablehnung ist im wesentlichen an die Vergangenheit dieser Partei gebunden, drückt sich in öffentlichen Darstellungen aus, während nicht wenige PDS-Mitglieder aktive Gewerkschaftsarbeit auch in Vorständen leisten und dort anerkannt sind.

Meines Ermessens besteht unter Bezug auf politisch-inhaltliche Gemeinsamkeiten kein Grund für billige Abneiderei. Falsche Rücksichtnahme gegenüber den Gewerkschaften, z. B. aus wahlaktischen Gründen, braucht es in der PDS nicht zu geben. Wir sollten gemeinsame Ziele mit den Gewerkschaften genauso deutlich formulieren wie unterschiedliche Auffassungen, und überall dort, wo wir es für richtig halten und wo die Voraussetzungen geeignet entwickelt sind, Zusammenarbeit wollen. Gerade deshalb wollen wir noch mehr Mitglieder der PDS ermutigen, Gewerkschaftsarbeit aktiv zu unterstützen oder selbst zu betreiben, vordergründig jedoch, um gewerkschaftliche und nicht parteipolitische Ziele durchsetzen zu helfen.

In wichtigen Gruppen der Bevölkerung, den Rentnern, Arbeitslosen, Umschülern, Sozialhilfeempfängern, freiberuflich Tätigen, Vorruheständlern, Studenten und anderen, gibt es zwar Mitglieder, deren Interessen aber kaum oder überhaupt nicht über die Gewerkschaften vertreten werden. Solche Menschen sehen sich gerade in den fünf neuen Ländern von der Gewerkschaft im Stich gelassen und kommentieren dies

nicht selten mit Austritten.

Auch hier zeigt sich das Unvermögen der Gewerkschaften, unter veränderten Bedingungen auch neue Wege zu finden. Diese o. g. Gruppen von Menschen sind eben nicht mehr wie unter normalen Alt-BRD-Bedingungen Randgruppen, sondern ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil, besonders in der ehemaligen DDR.

Die PDS hat aus der Geschichte der DDR eine zwingende Verantwortung auch für die Aufarbeitung der Gewerkschaftspolitik der SED. Hier ist noch zu wenig getan. Es bliebe zu überlegen, inwieweit Interesse von Gewerkschaften in Sachsen an gemeinsamer Arbeit besteht.

Abschließend: Für vieles hier Aufgeführte haben auch wir neues Denken nötig und Lösungen noch nicht gefunden. Dennoch hält uns das von Kritik nicht ab. Wir verstehen sie konstruktiv, weil wir wissen, wie quälend sich der Prozeß aus alten Strukturen und festgefahrenen Wegen heraus vollzieht.

Gewerkschaften sollen stark sein in diesem Land und anderswo. So, wie sie sind, werden sie nicht stark bleiben. Deshalb — meinen wir — ist Veränderung nötig und dafür auch scharfe Kritik. Wir tun das ohne Absicht nach innerer Einmischung auch deshalb, weil die PDS ihre Unabhängigkeit von Gewerkschaften (und umgekehrt) nicht zu beweisen braucht.

Wolfgang Hotz,  
Gewerkschaftspolitischer Sprecher  
des Landesvorstandes Sachsen der PDS

Entschieden Protest gegen jede Form von personeller Kahlschlagpolitik erheben Gewerkschaften wie ÖTV und GEW auch in Ostdeutschland, auf unserem Foto in Leipzig. — (Foto: A. Müller)



## Zwischen Baum und Borke: linkes Wirtschaftskonzept für Osten fehlt

— Rückgabe vor Entschädigung.

Forderungen nach Umkehr jedes dieser Prinzipien werden auch von der sächsischen PDS konsequent unterstützt. Das Echo darauf ist jedoch eher lau zu nennen. Sicher, seit Anfang Mai existiert — ein Novum in den neuen Ländern — eine Absprache zwischen THA und dem Freistaat Sachsen über die künftige Zusammenarbeit bei der Modernisierung von THA-Unternehmen. Das klingt gut, ist bei Lichte besehen jedoch an Kriterien gebunden, die verschwommen genug sind, um sie im Einzelfall beiseite schieben zu können.

Wer auch definiert exakt den Begriff von der „regionalen Bedeutsamkeit“? Ist's die Zahl der zu erhaltenden Arbeitsplätze in der Region? Ist's die ökologische Verträglichkeit? Oder gar die traditionelle Verwurzelung einer Branche? Um all das hat sich bislang jedenfalls eh kein Unternehmen geschert, wenn's ans „Gesundschumpfen“ ging!

Oder: Vorgelegt werden muß ein von der Treuhand bestätigtes Unternehmenskonzept, das erkennbar Wettbewerbsfähigkeit nachweist. Nur — das Konzept trägt diese Forderung nicht. Allein die Konfrontation auf dem Markt läßt hier definitive Schlüsse zu.

Beispiel Motorradwerke Zschopau: Unternehmenskonzept o. k.; Belegschaft schnallt freiwillig zeitweise den Gürtel enger; Ministerpräsident Bied-

kopf posiert bei Proberunden auf dem neuen Viertakter; Udo Lindenberg läßt sich als Kunde vormerken ... Auflage: Bis Ende Juni 12 500 Maschinen verkauft, dann wird man sehen.

Aber es werden tatsächlich nur 9000 Maschinen verkauft. Grund: Die Händler in Frankreich, Italien, der Schweiz und anderswo winken ab, gute Maschine zwar — aber wer garantiert auch Lieferung für die Zukunft? Aber gerade die sollte ja mit den Verkäufen gesichert werden! Ein Teufelskreis.

Dabei ist Zschopau noch einigermaßen gut dran. Von ehemals 3000 Beschäftigten stehen noch knapp 700 in Lohn und Brot. Noch. In der Lautex AG Neugersdorf sind dagegen von früher 11 000 noch 400 Beschäftigte verblieben. Lautex ist durchaus symptomatisch für den Niedergang der ostdeutschen Textilindustrie, die nun einmal konzentriert in Sachsen angesiedelt ist (war?). In der Region Zittau beispielsweise existieren von ehemals 4000 Textilarbeitsplätzen sage und schreibe noch 430. Nicht etwa, daß deren Erzeugnisse nicht mehr gebraucht würden, die Produktion wird ausgelagert nach Polen und der CSFR. Dort kann man (vergleichsweise) Billiglöhne zahlen. Marktwirtschaft „pur“.

Da muß es natürlich wie Hohn in den Ohren der Betroffenen klingen, wenn Sachsens Wirtschaftsminister Kajo

Schommer nicht müde wird, darauf hinzuweisen, daß der Freistaat mit einer Arbeitslosenquote von ca. 13 Prozent (Stand Mai) im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern um geringfügige Prozentpunkten besser dasteht.

Wo also liegt die Lösung des Problems? Gibt es das eigentlich, die Lösung?

Wohl kaum. Auch innerhalb der PDS, das kann man dem Thesenpapier entnehmen, sind die Meinungen darüber sehr geteilt. Überspitzt formuliert lassen sich zwei Positionen ausmachen. Die einen sind für ein Engagement in wirtschaftspolitischen Fragen (was bedeutet, daß man von ihnen Lösungen erwartet), die anderen wollen's eher bei radikaler Anklage und Ablehnung kapitalistischen Wirtschaftens belassen (was insofern sicher einfacher ist).

Nur müssen sich Letztere natürlich den Vorwurf gefallen lassen, reichlich konsequent vorbeizudenken an den Interessen eines Großteils der hiesigen Bevölkerung. Linke alternative Wirtschaftspolitik also zwischen Baum und Borke. Ganz abgesehen mal davon, daß die Linken in der Bevölkerung trotz starker Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik nach wie vor nur eine — wenn überhaupt vorhandene — schwache Resonanz in Sachen wirtschaftlicher Kompetenz finden. Der „Stallgeruch“ von SED-Wirtschaft, von einem bestimmten

Teil der Medien auch immer wieder gehet und zum Axiom kultiviert, wirkt eben.

Welche realen Schritte also bleiben den Linken? Im Thesenpapier wird auf vier aufmerksam gemacht. Das sind — öffentliche Forderungen zum Offenlegen der Treuhandpraktiken (dies an so prononcierter Stelle aufzuführen, relativiert das eingangs Gesagte zum realistischen Herangehen allerdings wieder); — Erarbeitung möglicher Fallbeispiele für Sachsen oder ausgewählte Betriebe hinsichtlich eines Vergleiches der Kosten für Arbeitslosigkeit und Sanierung; — öffentliche Unterstützung von Gewerkschaftsinitiativen; — Unterstützung der Arbeit von PDS-Abgeordneten in Regionalparlamenten bzw. notwendige Absprachen und Informationen untereinander.

So unbestritten notwendig jeder der angeführten Schritte auch ist — das ist nicht eben viel. Viel zu wenig sogar, um die gegenwärtigen neokonservativen Wirtschaftsstrukturen „umzukrempeln“, in ein soziales und ökologisches Gleichgewicht zu bringen. In der Praxis dürfte vieles (und wird es wahrscheinlich auch) auf Stückwerk hinauslaufen. Andererseits, Tagesinteressen zu negieren wäre ebenso sträflich falsch. Wie also nun?

Dazu zum Schluß noch einmal ein Zitat aus dem Thesenpapier: „Es fehlt auch uns ein pragmatisch verwertbares, zeitlich versetztes Konzept, um gesellschaftliche Veränderungen dieses Ausmaßes zu erstreiten und anzuschieben. Also bleibt uns nur die weitere Suche, ohne uns aber möglichen partiellen Veränderungen heute zu verweigern.“ — (L.B.)

Das Fazit dieses Beitrages — um gleich damit zu beginnen — wird ebenso trist sein, wie es gleichermaßen auch realistisch ist. Das Thema und vor allem die es stützenden Sachverhalte lassen allerdings auch kaum Spielraum für flächengreifenden Optimismus. In Rede stehen Überlegungen (besser: Ansätze) zu Chancen linker, alternativer Wirtschaftspolitik in „Neufünfland“, Deutschlands verarmender Ost-Seitenlinie.

Unmittelbarer Anlaß dazu ist — neben aktuellen Schärfen — ein von der AG Wirtschaftspolitik beim PDS-Landesvorstand Sachsen vorgelegtes Thesenpapier, das sich mit eben diesen Problemen beschäftigt. Wie ein „roter Faden“ durchzieht es kritische Wertung gegenüber der Treuhandanstalt (THA). Gleichwohl ist jedoch das Bemühen der Autoren anzuerkennen, eben nicht, wie vielerorts und noch viel zu oft praktiziert, die Breuel'schen Anstalten pauschal zu verprügeln oder gar zu verselbständigen. Vielmehr wird der Versuch erkennbar, deren Wirken einzupassen in die von der Bundesregierung, und deren Arm ist ja die Treuhand, verfolgten Gesamtpolitik.

Dadurch wird aus einem Saulus noch lange kein Paulus, und die bestehenden Probleme werden auch nicht kleiner — ein Nachweis des Müheums um realistische Ansätze ist solches Herangehen aber allemal. Zumal mit dem Begriff vom Realismus wohl auch ein ganz wichtiger Denkansatz zum Problem richtig beschrieben wird.

Als bekannt vorausgesetzt werden dürfen die von der THA verfolgten Prinzipien:

- Privatisierung vor Sanierung,

Wir, VertreterInnen einiger demokratischer Organisationen aus der Türkei und Kurdistan in der Bundesrepublik, der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Frankreich kamen zusammen, gründeten ein auf europäischer Ebene arbeitendes Aktionskomitee und trafen folgende Entscheidungen:

Wie Sie auch wissen, leben in vielen Ländern Europas mehrere Millionen „AusländerInnen“. Ein Großteil von ihnen lebt seit nunmehr über 10 Jahren in Europa. Im letzten Jahr „feierte“ man in Deutschland das 30jährige Jubiläum der Arbeitsmigration. Die „Gastarbeiter“, die ursprünglich mit Rückkehrabsichten in diese Länder kamen, wurden für Niedriglöhne zur schwersten Arbeit gezwungen. Die „ausländischen“ ArbeiterInnen leisteten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Dagegen mußten die „Ausländer“ unter dem Damoklesschwert der Ausländergesetze leben. Sie wurden durch Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis-Regelungen unter Druck gesetzt und bekamen permanent eine Abschiebedrohung zu spüren. Darüber hinaus mußten und müssen sie unter der ständig steigenden Ausländerfeindlichkeit und dem Rassismus leiden.

Neonazistische Organisationen und Parteien setzten die Ausländerfeindlichkeit an die erste Stelle ihrer Programme, um ihren Wirkungskreis zu erweitern und eine Grundlage für faschistisch-rassistische Entwicklungen schaffen zu können. Die „AusländerInnen“ wurden als Verantwortliche für die Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die steigende Kriminalität und andere Mißstände dargestellt. Heute wird diese Propaganda von tätlichen Angriffen begleitet. Als Folge dessen gehören heute geschlagene oder gar ermordete AusländerInnen zum „normalen“ Erscheinungsbild.

Diese Staaten und ihre Regierungen verfolgten stets eine reaktionär-rassistische Ausländerpolitik, auf deren Fortsetzung und Verschärfung sie heute beharren. Somit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verstärkung der rassistischen, faschistischen Parteien und Organisationen. Die letzteren sind heute so stark, daß sie in den meisten Länderparlamenten vertreten sind.

Obwohl in vielen Ländern die Bildung von Organisationen mit faschistischer Ideologie (in den Grundgesetzen heißen sie „verfassungsfeindlich“) durch die Verfassung verboten sind, haben faschistische Parteien freien Aktionsraum. Aber Millionen von Ausländern werden unter den Zwang besonderer Unterdrückungsgesetze gestellt: man verwehrt ih-

## Aufruf zu einem europaweiten Marsch für gleiche Rechte und gegen Rassismus und Faschismus

nen die einfachsten Menschenrechte. Nicht nur, daß sie entrechtet sind: Sie werden als „potentielle Verbrecher“ behandelt und diskriminiert.

Wozu diese Praktiken dienen, ist eindeutig: Mit diesen Versuchen, die ausländischen und deutschen ArbeiterInnen, Angestellten usw. zu spalten, soll die Tatsache verdunkelt werden, daß ihre Interessen gleich sind. Ausländische und deutsche ArbeiterInnen zeigen bei Streiks und anderen Gelegenheiten unwiderlegbar, daß mit den Versuchen, Feindschaft zwischen ihnen zu schüren, ihr gemeinsamer Kampf verhindert werden soll.

Wir gegen im Lichte dieser Tatsachen vor und haben ein Komitee gegründet. Dieses Komitee betrachten wir als einen Schritt in Richtung „Vereinigung unserer Kräfte auf europäischer Ebene“. Es soll zur Planung und Durchführung einer europaweiten Aktion dienen. Wir meinen, daß dies ein erster und wichtiger Schritt ist.

Wir wissen aber, daß wir nicht die einzigen sind, die gegen Ausländerfeindlichkeit und faschistische Entwicklungen und für gleiche Rechte für Ausländer kämpfen. Wir sind uns bewußt, daß es in Westeuropa mehrere tausend Organisationen und Initiativen gibt, die mit derselben Zielsetzung arbeiten. Wir glauben: Wenn diese Gruppen ihre Kräfte vereinen, können rassistische und faschistische Entwicklungen gestoppt und zurückgeschlagen werden.

Das Komitee wird einen Sternmarsch organisieren, der vom 19. September bis zum 2. Oktober 1992 dauern wird. Die Ausgangspunkte werden in Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Österreich und den Niederlanden sein. Der Marsch wird vor dem Europaparlament in Straßburg enden. Wir wollen diesen Sternmarsch mit demokratischen Organisationen gemeinsam verwirklichen und rufen auch Sie zum Mitwirken auf. Unser Vorschlag für das Motto ist:

\* Stoppt die rassistisch-faschistischen Angriffe und Propaganda!

\* Gleiche Rechte für AusländerInnen und Einheimische. Abschaffung aller rechtlichen Hindernisse davor und Sicherstellung der Ausübung dieser Rechte!

Unterstützende Organisationen: DIFD und 25 weitere Vereine in Deutschland, DIFD-Holland und 7 weitere Vereine in den Niederlanden, Demokratischer Arbeiterverein aus der Türkei in Paris und 6 weitere Vereine in Frankreich sowie 7 Vereine aus der Schweiz und Österreich. Kontaktadresse: Komitee „Langer Marsch für gleiche Rechte“, c/o DIFD, Jägerstr. 77, 4100 Duisburg II, Tel. 0203/53289, Fax: 0203/53804.

### SÜDGRUPPE:

Samstag, den 19. September: Wien \* Sonntag, den 20. September: Linz \* Montag, den 21. September: Innsbruck

\* Mittwoch, den 23. September: München und Augsburg \* Donnerstag, den 24. September: Ulm \* Freitag, den 25. September: Stuttgart und Umgebung \* bis zum Mittwoch, den 30. September: Pforzheim \* Donnerstag, den 1. Oktober: Karlsruhe \* dann weiter wie NORDGRUPPE I.

### NORDGRUPPE I:

Samstag, den 19. September: Hamburg und Bremen \* Sonntag, den 20. September: Bremen und Delmenhorst \* Montag, den 21. September: Hannover und Bielefeld \* Dienstag, den 22. September: Hamm und Dortmund \* Mittwoch, den 23. September: Bochum, Essen und Gelsenkirchen \* Donnerstag, den 24. September: Oberhausen und Duisburg \* Freitag, den 25. September: Düsseldorf \* Samstag, den 26. September, und Sonntag, den 27. September: Köln \* Montag, den 28. September: Bonn und Wiesbaden \* Dienstag, den 29. September: Mainz und Frankfurt \* Mittwoch, den 30. September: Darmstadt und Mannheim \* Donnerstag, den 1. Oktober: Karlsruhe \* Freitag, den 2. Oktober: Strassburg \* Samstag, den 3. Oktober: Internationales Abschlussskonzert in Strassburg.

### NORDGRUPPE II:

Samstag, den 19. September, bis Sonntag, den 20. September: Berlin \* Montag, den 21. September: Brandenburg \* Dienstag, den 22. September: Magdeburg \* Mittwoch, den 23. September: Goslar und Göttingen \* Donnerstag, den 24. September: Göttingen und Kassel \* Freitag, den 25. September: Paderborn und Kassel \* Samstag, den 26. September: Marburg \* Sonntag, den 27. September: Marburg und Gießen \* Montag, den 28. September: Friedberg \* Dienstag, den 29. September: Frankfurt und weiter wie NORDGRUPPE I.

Ferner starten in Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz weitere Gruppen.



Bild:af/mz

Der im folgenden dokumentierte Vortrag wurde von einem kurdischen Vertreter auf der Jahreskonferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen im Mai dieses Jahres in einer Arbeitsgruppe vorgetragen.

## Nationalismus oder antikoloniale Revolution?

Es ist nicht lange her, da war die ideologische Sicht der europäischen Linke anscheinend noch klar und unkompliziert, denn es existierte die Blockkonfrontation und folglich ein weltweites Gefüge, in das man jede Entwicklung und Bewegung einordnen konnte, ohne genauere Betrachtung der jeweiligen konkreten Realitäten.

Es waren noch schöne Zeiten und vor allem bequeme Zeiten, denen mit Sicherheit viele noch lange hinterhertrauern werden. Viele der deutschen Linken hatten ihre eigenen politischen Kategorien, die das Denken und vor allem konkrete Auseinandersetzungen ersparten. Es gelang ihnen nicht, über ihren eigenen Horizont hinauszublicken, denn sie horchten nur ganz gespannt, ob aus der Peripherie das eigene Echo zurückkallte. Sie stellten sich keine anstrengenden Fragen, sondern ersparten sich die Auseinandersetzung, indem sie uns entweder in ihr Lager oder in das kapitalistische Lager einordneten.

Doch heute, nach dem Wegfall der Ost-West-Blockkonfrontation auf den Müllhaufen der Geschichte, scheinen einige von ihnen mehr oder weniger zumindestens einen Schritt weiter zu sein. Sie machen sich Gedanken über ihre Existenz und über diejenigen, mit denen sie gestern noch im gemeinsamen Chor „Hoch die internationale Solidarität“ zu rufen glaubten.

Nun sind die Entwicklungen der letzten Jahre so schnell an ihnen vorbeigegangen, daß es ihnen nicht gelang, sich aus der Rolle des erstaunten Beobachters zu befreien. Warum kommen sie und wir, die Peripherie, kaum weiter? Sie auf ihrer Seite nicht, weil sie sich die al-

ten Fragen mit denselben Antworten stellen. Wir nicht, weil wir z.T. ihre Antworten bruchstückweise übernehmen, ohne sie verstanden zu haben, ohne uns ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen zu haben. Wir nicht, weil wir in einer seltsam eurozentristischen Sicht verhaftet, nicht unsere Antworten gegeben haben. Die Analyse dieses Punktes ist eine äußerst langwierige und verzwickte.

Der Wegfall der Blöcke und damit die Doktrin des real existierenden Sozialismus hat uns, mehr als zuvor, dazu veranlaßt, nach eigenen Antworten zu suchen. Das ist zweifelsohne die globale Situation, sowohl in der Peripherie als auch in der Metropole. In der letztendlichen Konsequenz der entstandenen politischen Landschaft werden natürlich die Widersprüche sichtbarer, die zumeist aus der Unzulänglichkeit des gegenseitigen Verständnisses von Kämpfen und Begrifflichkeiten resultiert. Dieser Hintergrund ist für die Diskussion über die Frage Nationalismus oder antikoloniale Revolution von Bedeutung.

Da die PKK eine wesentliche Rolle in der kurdischen Befreiungsbewegung spielt, ist es von Wichtigkeit, sie in diesen Zusammenhang zu stellen. Und wenn wir von Nationalismus sprechen, muß gesagt werden, daß man das europäische Verständnis von Nationalismus nicht auf einen sogenannten Nationalismus der 3. Welt übertragen kann. Denn der Prozeß der Nationalisierung in Europa hatte einen anderen historischen Hintergrund als der in der Peripherie. In der Peripherie geht es um kolonialisierte Völker, die einen emanzipatorischen

Anspruch durch ihren nationalen Befreiungskampf zum Ausdruck bringen. Folglich ist ihr Verlangen nach dem Selbstbestimmungsrecht progressiv und klar traditionell antiimperialistisch. Der sogenannte Nationalismus der kurdischen Befreiungsbewegung im türkisch besetzten Teil Kurdistans kommt ihrem Beharren auf die eigene Identität gleich. Dieses Festhalten an der Identität resultiert nicht aus der Liebe zu völkischen Traditionen, z.B. weil die Form einer Tradition ihren Ursprung in diesem Volk hat und so die Überlegenheit über die Formen von Traditionen anderer Völker und damit dieses Volkes selbst herausgestellt werden soll.

Vielmehr hat diese Identitätssuche etwas mit der Zerstörung von Kulturen durch die Kolonialisierung zu tun. Diese Identitätssuche besteht u.a. darin, gegen die Negierung der Identität der Kurden zu handeln. Wenn das kurdische Volk gegen das Kolonialsystem, dessen Kern in der Aberkennung von Geschichte und Existenz des Kolonialisierten ist, Widerstand leistet, ist der Beginn dieses Widerstandes die Zurückgewinnung der eigenen Identität und damit die Infragestellung der herrschenden Realität.

Zu dieser herrschenden Realität gehören u.a. die eigenen Feudalherren oder die in den Metropolen ausgebildete Elite, die das Kolonialsystem durch ihre Mittäterschaft an der Verstümmelung der Kultur des Kolonialisierten aufrechterhalten und einen Beitrag leisten zu einer Gesellschaftsstruktur, die ebenfalls zu verändern ist.

Dies hat nun die PKK auch in ihrer Programmatik analysiert und klar unter-

strichen, daß die Befreiung der Völker Kurdistans nur möglich ist über den zum nationalen Befreiungskampf parallel verlaufenden Klassenkampf. Der sozialrevolutionäre Aspekt des kurdischen Befreiungskampfes wird in diesem Sinne sichtbar, wenn auch im Augenblick nur die Konturen zu erkennen sind: die Veränderungen der patriarchalen Struktur, die Abkehr von der Gewalt nach innen, die Verdrängung der Autorität des islamischen Klerus und der Feudalherren zeichnen solche Konturen ab.

Fast alle Menschen in Kurdistan können sich heute mit dem Widerstand, den die PKK ermöglicht hat, identifizieren. Es ist der konsequente Widerstand, der dazu führt, daß die Bewegung eine sehr breite Basis findet, was sich in dem Argument widerspiegelt, „das Überleben des kurdischen Volkes stünde auf dem Spiel“. Der Befreiungskampf zwingt regelrecht die Gesellschaft, die Fronten zu beziehen, denn heute geht es weniger um die Legitimität, sondern vielmehr um die moralische Frage des Rechts, denn die koloniale Wahrheit scheut sich nicht mehr ihrer Nacktheit.

Dies ist der Moment der Überwindung einer sozialen Wirklichkeit, die sich historisch wie ein Bollwerk der Dekolonisation entgegengestellt. Damit scheint zunächst der Prozeß des Aufbruchs, sich von kolonialen Eigenschaften zu lösen, beendet zu sein. Die Gesellschaft formiert sich zur Nation. Man läßt nun die veralteten subnationalen Gesellschaftsstrukturen hinter sich und mobilisiert das vereinigte Volk gegen das Kolonialregime. Es ist die unumgängliche Voraussetzung für den Erfolg der Dekoloni-

sation.

Selbstverständlich birgt die Nationenbildung die Gefahr des Nationalismus in sich. Doch was heute in Kurdistan vorhanden ist, ist ein nationales Bewußtsein. Dies mit Nationalismus gleichzusetzen wäre fatal. Fanon merkt genau bei diesem Punkt richtig an, daß „solange die Konstituierung zur Nation ein Werk der gewaltsamen Praxis der Massen sei, bleibe das Volk gegen alle Mystifizierungsversuche, gegen alle Hymnen auf die Nation gewappnet“.

Doch zunächst muß vor Augen geführt werden, daß die Mehrheit der Bewegung in Kurdistan die politische Weltanschauung der PKK nicht wahrnimmt, geschweige denn sie überhaupt kennt. Und darin besteht die Gefahr, daß das kurdische Volk auch für nationalistische Appelle im europäischen Sinne empfänglich sein könnte. In diesem Zusammenhang gibt es auch konkrete Bestrebungen kurdisch-nationalistischer Parteien, die Bewegung in Kurdistan in diese Richtung zu kanalisieren. Hintergrund dieser Ambitionen sind z.B. der Versuch der Etablierung bürgerlicher Parteien, die die Lösung des Kurdistanproblems nicht unbedingt im Widerspruch zum kolonialen Status sehen.

Kurzzeitige Opportunisten machen der PKK den Vorwurf des Nationalismus, weil sie nicht auf die fragwürdigen Angebote der Türkischen Republik (TR) einginge und auf ihrem Standpunkt beharre. Dabei verkennen sie, daß eigentlich sie selbst Nationalisten sind, weil sie sich mit Rechten zufriedengeben, die die TR auch nur in Aussicht stellt und die den Kolonialstatus Kurdistans aufrechterhalten sollen. Es geht nicht um die Erlangung einiger weniger nationaler Rechte, sondern um die Revolution, die keineswegs mit nationaler Befreiung gleichzusetzen ist.

In diesem Kontext stehen die Haltung der BRD und die Reaktionen der Kurden Fortsetzung nächste Seite oben





Bild: af/mz

darauf, die oft die eigentlichen Ziele der BRD verkennen. Es ist kein Anlaß zu verfrühter Euphorie, denn auch wenn die BRD nationale Rechte für die Kurden fordern sollte, so steht dies nicht im Widerspruch zu ihrer bisherigen Haltung. Abgesehen davon ist die kurzfristige Kritik der BRD an der TR nur auf Konkurrenz etwa gegenüber den USA zurückzuführen. Im Grunde beglückwünscht sie die TR für ihre Aufstandsbe-

kämpfung, da diese der Garant für die Profite bundesdeutscher Firmen ist.

Die Art der BRD, die TR zu beglückwünschen, ist meistens mit diversen Verdeckungsstrategien verbunden, da sich auch die Länder der EG immer noch als Verfechter westlicher demokratischer Werte darstellen. Auch wenn diese noch so verfallen und pervertiert sind. Zu dieser erwähnten Strategie gehört u. a. auch der Versuch, die eigentliche

Gefahr, die für sie von der PKK ausgeht, nämlich die Gefahr einer Revolution, die im Falle eines minimalen Erfolges für die gesamte Region des Mittleren Osten einen Dominoeffekt haben könnte, zu bannen. Nicht nationalistische Bestrebung, sondern wirtschaftliche und politische Forderungen und Verweigerungen sollen verhindert werden. Dies zu verhindern ist Teil des low-intensity-war-program. Deshalb geht es im Falle

Kurdistan auch darum, die Widerstandsbewegung in eine nationalistische zu verwandeln und nach dieser Logik einen Konflikt zwischen türkischen und kurdischen Völkern zu schüren. Hierin ergänzen sich die Haltungen der BRD und der USA im Grunde.

Dies führt für die Kurden dazu, für das Nationale empfänglich zu sein, wobei die bürgerlichen Parteien diese ganze Bewegung in nationalistische Bahnen lenken wollen. Davon zeugt die Bestrebung, Nationalitätenkonflikte zu erzeugen. Übrigens hätte es sich bei dieser Bewegung a priori um eine nationalistische im europäischen Sinne gehandelt, hätte sich diese nicht gegen den Kolonialstatus und ein Regime gewandt, sondern etwa in den Zielsetzungen gegen das türkische Volk oder etwa gegen alle, die aus einer islamischen Nation aus religiösen Gründen auszuschließen sind.

Der Versuch, einen Nationalitätenkonflikt zu schaffen, entspringt einer Strategie, die allgemein darauf abzielt, die Widerstandsbewegung zu kanalisieren und hält sich im Rahmen von Spaltungsstrategien. Gute gegen schlechte Kurden, Araber gegen Kurden, Aleviten gegen Sunniten, Türken gegen Kurden. Nach dem Motto: teile und herrsche.

Wenn die kurdische Befreiungsbewegung auf die Bedingungen eingeht, die die türkischen Machthaber für den Frieden in Kurdistan und den Dialog mit sogenannten Vertretern der Kurden stellen, hätte dies fatale Folgen. Es würde bedeuten, daß die Kurden einer Neuaufnahme der Kolonialisierung Kurdistan unter anderen Vorzeichen zustimmen würden. — (M.A.)

## Termine

3.-5.7.92 Gegenkongress und Demonstration zum Weltwirtschaftsgipfel. München.

5.7.92 Treffen der Kurdistan-Solidaritätsgruppen Baden-Württemberg in Karlsruhe. Beginn: 13 Uhr, in der Gaststätte Südsterne FC.

1.8. Internationales Kurdistan-Festival im Ruhrstadion in Bochum. Mit Künstlern und Folkloregruppen aus allen vier Teilen Kurdistan, Zypern, Baskenland, Südafrika u.a.

3.8.-6./7.8.92 Linke Sommerschule in Thüringen. Ort: Schnepfenthal, Thüringen. Die methodisch-methodologischen Grundsätze der Kurse sollen sein: — Brückenschlag zwischen Generationen sowie zwischen Linken unterschiedlicher Herkunft, besonders auch aus Ost und West. — Einstiege schaffen gegen die Verweigerung von Sachkompetenz durch die Herrschenden. — Soziales Wissen als sozialer Prozeß aneignen. — Zeit und Möglichkeit schaffen, sich selbst zu vergewissern. — Lernen, eigene Interessen zu formulieren, kenntlich zu machen und darüber in den Diskurs zu kommen. Folgende Kurse werden angeboten:

— Kritische Theorie, Dialektik der Aufklärung, Kommunikationsgesellschaft: Was leistet bzw. leistet nicht die Theorie vom kommunikativen Handeln?

— Strukturpolitik in den neuen Bundesländern und moderne ökonomische Theorien

— Das Jahr 1945 — eine verpaßte Chance?

Anmeldungen und Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Telefon Gera 6232610, Fax Gera 23180; Christiane Schneider, GNN-Hamburg, Günterstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/2204278, Fax: 2297419.

29.8.92 Treffen der Landes-Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik Baden-Württemberg. Themen: Eigenbetriebengesetz Baden-Württemberg und Krankenhausprivatisierung; Pflegediskussion. Beginn: 10.30 Uhr. Ort: Mannheim, Friedensbüro.

12./13.9.92 Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Bildungspolitik in Hannover. Genauer Tagungsraum wird noch mitgeteilt.

26./27.9.92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Ort: voraussichtlich Nähe Leipzig.

26./27.9.92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Ort: Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutscherrenner 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10./11.10.92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

31.10./1.11.92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für kommunalpolitisch (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik — Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute — u.a.) in Frankfurt. Baldige Anmeldung erbeten.

6. bis 8.11.92. Berlin: Antirassismuskongress der PDS.

7.11.92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8.11.92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

14./15.11.92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen und Ort werden noch bekanntgegeben.

28./29.11.92. a.o. Bundeskongress der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: \* Großmacht BRD \* Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung \* Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

## Linke Sommerschule 1992 3.-7.8. in Schnepfenthal/Thüringen

- Soziales Wissen als sozialen Prozeß aneignen.
- Zeit und Möglichkeit schaffen, sich selbst zu vergewissern.
- Lernen, eigene Interessen zu formulieren, kenntlich zu machen und darüber in den Diskurs zu kommen.

Ort der Schule: Hotel Hermannstein, O-6801 Schnepfenthal, Fon: (Vorwahl Waltershausen)/2917. Unterbringung in Zwei- oder Dreibettzimmern, Übernachtung: 18,00 DM, Vollpension: 27,00 DM. In gewissem Umfang können Familienangehörige mitkommen.

Anmeldungen daher erwünscht bis 27.7.92 bei den Kontaktadressen. Das Vorbereitungsmaterial kann dort ab 10.7. abgefordert werden. Ebenfalls können dort Vorschläge und Wünsche für die Gestaltung der Kurse eingereicht werden. — (Dieter Strützel)

Kontaktadressen: (bitte Stichwort Sommerschule angeben):

- \* PDS-Landesvorstand Thüringen (Eislebener Str. 1, O-5000 Erfurt, Fon: (Vorwahl Erfurt)/5732513 oder 2520
- \* Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorstr. 11, O-6500 Gera, Fon: (0365) 6232513
- \* Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, O-6502 Gera-Lusan, Fon: (0365) 6232605
- \* GNN-Verlag, Züllicher Str. 7, Postfach 260226, W-5000 Köln, Tel.: (0221) 211658

### Kurzbeschreibung der Kurse

#### 1. „Kritische Theorie“

Was leistet und was leistet nicht die Kritische Theorie zum Verständnis der Gesellschaft? Die kritische Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie soll dazu beitragen, das Neue herauszufinden, die Entwicklungsperspektive, die der Kapitalismus anbietet, um Menschen zu fischen.

Der Kurs soll zum Teil als Lektürekurs durchgeführt werden mit dem Ziel, daß sich alle Teilnehmenden vergewissern. Vorgeschlagen werden folgende Texte:

- Adorno, Horkheimer: Vorreden und erstes Kapitel der „Dialektik der Aufklärung“ (Begriff der Aufklärung)
- Habermas: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, in: Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Suhrkamp 1969, Seite 120-145
- Habermas, Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf. Was heißt Sozialismus heute?, in: Die nachholende Revolution, Suhrkamp 1990,

#### S. 179-204

— Eventuell ergänzend: Habermas, Die Moderne — ein unvollendetes Projekt“ (Schluß seiner Adorno-Preisrede), in: Kleine pol. Schriften I-IV, Suhrkamp 1981, oder im gleichlautenden Reclam-Band von 1990)

In dem Diskussionszusammenhang, der bei der gemeinsamen Lektüre entstehen wird, können einige Erfahrungen diskutiert werden, die Diskussion wird mit Referaten vorbereitet: — Informationsgesellschaft — Klassengesellschaft von Informierenden und Informierten. Die kultivierte (und erzwungene) Unfähigkeit, sich mitzuteilen. Sprachregelung und Sprachlenkung durch soziales Geschehen und politischen Gewaltakt. Ansätze zur Kritik von Bildungspolitik und Strafrecht.

— Neue Tendenzen in der Gewerkschaftsdiskussion bei der Bestimmung „kollektiver Interessen“. Die Unzulänglichkeit der unmittelbaren Anschauung für die Bestimmung sozialer Ziele.

#### 2. Strukturpolitik und ökonomische Theorien

##### 1. Versuch einer ersten Bestandsaufnahme

1. Die „realwirtschaftliche“ Situation der DDR und Thüringens 1989/Anfang 1990
2. Die Ökonomie des Anschlusses und ihre Folgen, „Währungsumstellung“/„Währungsreform“
3. Der Einigungsvertrag
4. Die Einrichtung der Treuhand
5. Bestandsaufnahme und Präzisierung der Fragestellung

##### II. Praxis der Anschlusspolitik: Konzeption, Ziele und theoretische Grundlagen

1. Der theoretische Begründungszusammenhang der „Schocktherapie“ des Anschlusses:
  - a) „Neoklassische Angebotstheorie“ — güterwirtschaftlicher Teil
  - b) „Neoklassik“ — geldwirtschaftlicher Teil
  - c) „Angebotspolitik“ und „Deregulierung“
2. „Keynesianismus“/Nachfragepolitik

- a) Theoretische Grundlagen
- b) Position zum Anschluß
3. Kritik aus dem bürgerlichen Lager an der „wahltaktischen“ Anschlusspolitik — Sachwalter der westdeutschen „Stabilitätspolitik“ kritisieren Kohl
4. Anschluß und Konzernpolitik:
  - a) Großraumwirtschaft der Konzerne und die Funktion der ostdeutschen Wirtschaft
  - b) „Schlanke Produktion“, umfassende Rationalisierung und welche Rolle bleibt für die Wirtschaft der ehemaligen

#### DDR

5. „Neoklassik“/„Markliberalismus“ in der Sackgasse? — Entwickeln die Herrschenden einen neuen Typ staatlicher Kolonialpolitik? — Rolle der Treuhand

##### III. Ansatz- und Zielpunkte alternativer Wirtschaftspolitik (eigentlich Schwerpunkt)

##### 1. Konzeptionelle Ansatzpunkte:

- a) Der Linkskeynesianismus und die Vorschläge der Memorandumgruppe
- b) Die Beiträge grüner Wirtschaftspolitik

c) Ansatzpunkte alternativer kommunaler Wirtschaftspolitik — Praxis und Diskussion um das „greater London“-Projekt

d) Gegen Deindustrialisierung — für die Schaffung von Arbeitsplätzen; Standpunkt der PDS

##### 2. Praktische Ansatzpunkte/Forderungen einer alternativen Entwicklungspolitik im Interesse der Werktätigen

- Bundesregierung/Treuhand
- Landesregierung
- kommunale Gebietskörperschaften
- Gewerkschaften...

##### 3. 1945 — eine verpaßte Chance?

Ausgangspunkt für den Kurs: Der letzte Erzählblock in Peter Weiss' *Die Ästhetik des Widerstands* (Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main, ab 1981 verschiedene Ausgaben, oder Henschelverlag Berlin 1983, Bd. III, S. 266 ff)

##### Fragen an das Thema:

- Wer hat 1945 eine Chance erhalten?
- Welcher Art war diese Chance?
- Wer hat sie gegeben?
- Wie ist sie aufgegriffen worden?
- Wer hat sie wie genutzt oder vertan?

##### Alte und neue Streitpunkte:

- „Schuld am Faschismus“
- Selektierter Antifaschismus
- Antifaschismus und Totalitarismus
- „Schafft die Einheit!“ (Einheitsfront, Volksfront und Einheitspartei)
- „Wo verläuft die Hauptkampflinie?“ (Kapital und Arbeit, Kapitalismus — Sozialismus, Fortschritt und Reaktion, Befreiung der Arbeit, Selbstbefreiung)
- Geschichtliche Kontinuität — wessen Traditionslinie? (Deutsche Nation, Liberalismus, Christentum, [sozialdemokratische, kommunistische, marxistisch-leninistische] Arbeiterbewegung, Kulturkritik, „von unten“)

##### Materialbasis:

- Konferenz von Jalta, UNO-Charta, Potsdamer Abkommen
- Nürnberger Urteile, Kontrollrats- und Militärbefehle
- erste deutsche Organisations- und Parteiprogramme
- erste deutsche Länderverfassungen

# Kolumbus, Koks und Kaffeebohnen . . .

„Kolumbus, Koks und Kaffeebohnen — ein kolonial-wahres Musterkabinett“, unter diesem Titel präsentiert eine Gruppe von sechs Kabarettisten einen rasanten Rundumschlag zum Thema Ausbeutung der Dritten Welt damals und heute. Unter ihnen der Pianist und Komponist Francisco Zumaque aus Kolumbien, in den letzten Jahren Kulturattaché seines Landes in Bonn. Produziert wurde das Stück vom Stuttgarter soziokulturellen Zentrum „Laboratorium“. Dort fand auch die Erstaufführung im Rahmen des Bundeskongresses der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) Ende Mai '92 statt.

Die Handlung: In einem bescheidenen Hotel eines latein-amerikanischen Landes steigen Leute ab, die es aus verschiedenen Gründen dorthin verschlagen hat: Entwicklungshelfer,

Touristin, Ausgeflippte, Geschäftsmann. In der Hotelbar Santa Maria besaufen und berauschen sie sich und erleben in Haluzinationen Vergangenheit und Gegenwart: Kolumbus, Isabella und Ferdinand, Montezuma.

Es werden sehr viele Gesichtspunkte der Kritik am Kolonialismus, am Imperialismus, aber auch an Unterstützungsgruppen aufgegriffen. Da ist z.B. die im Indioloook auftauchende „Anders-Reisende“, die sich inbrünstig wünscht, wie Indiofrauen — im Einklang mit der Natur — zu fühlen.

Die Brutalität der nordamerikanischen Einmischung auf die Lebensbedingungen der armen lateinamerikanischen Bauern unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Drogen wird treffend in einem Vortrag eines amerikanischen Drogenfahnders dargestellt. Er hetzt gegen die Trau-

benmafia in deutschen Ländern und gegen die Bauern, die mit ihrem geheimen Rebanbau an den Hängen des Rheins die Verbreitung der Droge Alkohol verursachen und deshalb weltweit bekämpft werden müssen.

Das jahrhundertalte Kolonialstreben Europas und dessen grenzenlose Unersättlichkeit ist Thema, die Blauhelmaktion der UNO wird ins rechte Licht gerückt und der Organverkauf der Menschen in den armen Ländern im düsteren Licht aufgezeigt. In der Menge der angesprochenen Themen ist zeitweise der rote Faden verloren gegangen.

Schließlich wird auch noch Kuba in die Kritik einbezogen und dessen Hinwendung zum Massentourismus überzeichnet als Erlebniswelt im Social-Disneyland vorgeführt, angespornt von Fidel Castro. Da blieb mir allerdings das Lachen im Hals



Mitglieder des Kabarets

stecken. Der Vorwurf, daß Kuba zum Ausverkauf angeboten wird, ist hier in diesem Stück und auf diese Weise thematisiert fehl am Platz. Man kann nur hoffen, daß die Gruppe an dieser Szene noch arbeitet.

Bleibt noch ein Lob auf die gute Musik, deren lateinamerikanischer Rhythmus mitreißt.

Im Herbst geht es auf Tournee, die vom 25. September bis zum 18. Oktober dauern wird. Unter anderem wird in folgenden Städ-

ten gespielt: Freiburg (27.9.), Karlsruhe (4.10.), Bonn (8.10.), Bielefeld (9.10.), Köln (11.10.), Freiburg/ehem. DDR (14.10.), Berlin (15./16.10.), Lübeck (17.10.), Hamburg (18.10.). — (ccs)

## Alberto Prieto Rozos: Als die Lanzenreiter kamen



Kartoffelernte in Peru um 1600

„Die präkolumbianischen Zivilisationen und die Conquista“ lautet der Untertitel der im dipa-Verlag erschienenen Übersetzung des 1982 erschienenen Buches und der Titel im Original.

Alberto Prieto Rozos ist Professor an der Universität von Havanna. Er beschreibt die verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaften in Amerika zum Zeitpunkt der Ankunft von Kolumbus 1492. Seine Fragestellung: Wie konnte eine relativ kleine Gruppe von Europäern

Territorien mit Millionen von Einwohnern und riesigen Heeren in so kurzer Zeit unterwerfen? So war dies auch nicht überall in Amerika der Fall. In den südlichen Anden in Chile beispielsweise konnten die Mapuche ihre Autonomie aufrechterhalten. Heute haben sie formal die chilenische Staatsbürgerschaft mit allen Rechten.

Kolumbus selbst war auch ziemlich erfolglos in der Kolonisierung. Wesentlich unter Cortes begann die Eroberung und Aus-

plünderung. Die Taktik entwickelten die Spanier aus den Erfahrungen der Reconquista gegen die Araber sowie aus den Niederlagen wie z.B. 1527 bei dem Versuch der Eroberung der Halbinsel Yucatan: Sie führten Krieg gegen alle Ureinwohner, „ohne die sozialen Besonderheiten jeder Region zu analysieren. Sie versuchten jeden Kleinstaat zu besetzen, als wenn es sich um die Einnahme von Tenochtitlan handelte; aber dazu hatten sie nicht genügend lokale Verbündete“. Nach zwei Fehlschlägen „analysierten die Spanier sorgfältig die sozialen Besonderheiten der Staaten Yucatans und die Eigenheiten ihrer gegenseitigen Beziehungen“. Sie verbündeten sich mit den Aristokratien der kleinen tributpflichtigen Kleinstaaten gegen die mächtige Hauptstadt Tiho. (S. 85ff) Die siegreichen Kastilier beließen die verbündeten Aristokraten in ihren Funktionen und überließen ihnen Anteile an der Ausbeutung.

Diese Art der Kolonisierung funktionierte jedoch nur in den Teilen Amerikas, in denen Klansgesellschaften existierten und Konkurrenz zwischen den verschiedenen Städten und Staaten. Dort, wo die gesellschaftliche Arbeit noch kollektiv organisiert war, noch keine Ausbeutung entstehen konnte, da die Art der Arbeitsteilung noch kein Mehrprodukt entstehen ließ, konnten sich die Gesellschaften bis heute entweder der Eroberung entziehen (z.B. durch Abwanderung in unwegsame Gebiete) oder wurden vernichtet.

Alberto Prieto Rozos, Als die Lanzenreiter kamen, dipa, Frankfurt 1992 — (udi)



Die Ermordung des Inkakönigs Atahualpa

Der Verlag C.H. Beck hat einen Sammelband herausgegeben, der einen Überblick bietet, welche wichtigen Ereignisse etwa gleichzeitig mit der sogenannten Entdeckung Amerikas durch Kolumbus die Weltgeschichte beeinflussten. Der Titel „1492. Die Welt zur Zeit des Kolumbus“ ist parteiisch, da fast nur wirtschaftliche und politische Veränderungen in Europa sowie Entdeckungstaten europäischer Seefahrer behandelt werden, die zur Weltbeherrschung einiger euro-

päischer Mächte beitrugen. Die einzelnen Beiträge sind leider kurz und allesamt bereits im selben Verlag erschienenen Büchern entnommen. Dennoch sind viele interessant und bieten reichlich Hinweise für Themen, mit denen eine Beschäftigung lohnt.

1492 eroberten die spanischen Herrscher von Kastilien und Aragon Granada, das letzte arabische Reich auf spanischem Gebiet. Sie vertrieben gleichzeitig die Juden und die meisten

Araber und setzten zur zwangsweisen Einigung ganz Spaniens an. Dieselben „katholischen Könige“ setzten Kolumbus in Marsch, um einen Weg zu finden, auf dem Spanien billiger an die indischen Gewürze kommen konnte als die Konkurrenten Venedig, Genua und Portugal.

Recht viel Gewicht wird auf die Verhältnisse in Deutschland gelegt. Behandelt werden die Kämpfe der Kaiser um Italien, die Reformation und die Bauernkriege sowie das Erstarken des Bürgertums in den Städten.

Den Völkern, die der europäischen Eroberung zum Opfer fielen, wird wenig Platz eingeräumt. Wir finden eine Darstellung des Verwaltungssystems der Inka, die fast ganz Südamerika beherrschten. Hervorgehoben wird ihre organisatorische Leistung, vor allem die Lösung des Verkehrs- und Versorgungsproblems, durch die sie unterworfenen Völker integrieren konnten. Ein Abschnitt über die Kindererziehung in Altmexiko wirft ein Licht auf die humane Kultur der Azteken, über die man in der Schule nur lernt, daß sie Menschenopfer darbrachten. Man sollte nicht vergessen, daß 1478 in Spanien die Inquisition eingerichtet wurde, die als erste zahllose Mauren und Juden als „Renegaten“ verbrannte.

Unangenehm sind einige Ansätze, die Weltbeherrschung der Europäer aus ihren Leistungen zu erklären. Braudel etwa behauptet, sie hätten im Unterschied zu Chinesen und Arabern die Hochseeschifffahrt entwickelt.

1492. Die Welt zur Zeit des Kolumbus. Ein Lesebuch. Beck sehe Reihe 460, 12,00 DM — (an)

### Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ Im Halbjahres-/Jahresabo (26- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....  
Straße: .....  
Postleitzahl/Ort: .....  
Konto-Nr./BLZ: .....  
(Bank) (Unterschrift)

Einsetzen an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

14/92

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120 722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).  
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.  
Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.  
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.  
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig verteilbar: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:  
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rbg.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland  
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz